## Münchener Anwaltshandbuch Arbeitsrecht

5., überarbeitete und erweiterte Auflage 2021 ISBN 978-3-406-75137-0 C.H.BECK

## schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Wilhelm Moll (Hrsg.) Münchener AnwaltsHandbuch Arbeitsrecht





# Münchener Anwalts Handbuch

### Arbeitsrecht

Herausgegeben von

#### Prof. Dr. Wilhelm Moll LL.M. (Berkeley)

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Köln Honorarprofessor an der Universität zu Köln

#### Bearbeitet von:

Stephan Altenburg, Rechtsanwalt in München; Prof. Dr. Peter Bengelsdorf, Geschäftsführer a. D. in Kiel; Dr. Holger Betz, Richter am Arbeitsgericht Bamberg; Dietrich Boewer, Rechtsanwalt in Köln; Dr. Indra Burg, Richterin am Arbeitsgericht Düsseldorf; Florian Christ, Rechtsanwalt in Heidelberg; Karl-Dietmar Cohnen, Rechtsanwalt in Köln; Prof. Dr. Renate Dendorfer-Ditges LL.M., MBA, Rechtsanwältin in Bonn; Dr. Frank Eckhoff, Rechtsanwalt in Köln; Ernst Eisenbeis, Rechtsanwalt in Köln; Dr. Michaela Felisiak LL. M. (Bern), Rechtsanwältin in München; Prof. Klaus Gennen, Rechtsanwalt in Köln; Regina Glaser LL. M., Rechtsanwältin in Düsseldorf; Dr. Anno Hamacher, Direktor des Arbeitsgerichts Solingen; Christoph Hexel, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Düsseldorf; Kay Jacobsen, Rechtsanwalt in Hamburg; Dr. Christoph Katerndahl, Rechtsanwalt in Köln; Annika Vanessa Kemna, Rechtsanwältin in Hamburg; Hendrik van Laak, Richter am Arbeitsgericht Solingen; Maximilian Lachmann, Rechtsanwalt in Heidelberg; Dr. Thorsten Leisbrock, Dipl.-Kfm., Rechtsanwalt in Köln; Dr. Hans-Joachim Liebers LL. M., Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.; Dr. Daniel Ludwig, Rechtsanwalt in Hamburg; Dr. Holger Lüders, Rechtsanwalt in Düsseldorf; Dr. Christopher Melms, Rechtsanwalt in München; Prof. Dr. Wilhelm Moll LL. M. (Berkeley), Rechtsanwalt in Köln; Dr. Michael Müntefering, Voritzender Richter am Landesarbeitsgericht Hamm; Dr. Martin Plum, Richter am Arbeitsgericht Düsseldorf; Dr. Oliver Reinartz, Richter am Arbeitsgericht Düsseldorf; Dr. Roland Reinfeld, Rechtsanwalt in Kempen; Dr. Kerstin Reiserer, Rechtsanwältin in Heidelberg; Dr. Thomas Schulz, Rechtsanwalt in Hamburg; Anja Ulrich, Direktorin des Arbeitsgerichts Duisburg; Dr. Christoph Ulrich, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Düsseldorf; Prof. Dr. Reinhard Vossen, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht a. D., Meerbusch

5., überarbeitete und erweiterte Auflage 2021



Zitiervorschlag: MAH ArbR/Bearbeiter § ... Rn. ...



#### www.beck.de

ISBN 978 3 406 75137 0

© 2021 Verlag C.H. Beck oHG Wilhelmstraße 9, 80801 München Satz: Druckerei C.H. Beck Nördlingen Druck und Bindung: Eberl & Koesel GmbH & Co. KG Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

#### **Vorwort zur 5. Auflage**

Die 5. Auflage setzt nicht nur die Nachzeichnung der in der Entwicklung im Wandel begriffenen Rechtsprechung fort. Sie führt auch den bereits mit der Vorauflage begonnenen Generationenwechsel weiter. Ausgeschieden sind Lisa Gerdel, Thomas Glaesmann, Dr. Nicola Gragert, Dr. Wolfgang Hesse, Dr. Rainer Ponschab und Dr. Christiane Tischer. Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich für ihre langjährige Unterstützung und prägende Mitarbeit gedankt. Neu hinzugekommen sind Dr. Michaela Felisiak, Dr. Christoph Katerndahl, Annika Vanessa Kemna, Maximilian Lachmann, Dr. Daniel Ludwig, Dr. Thomas Schulz und Anja Ulrich, sie führen die jeweils übernommenen Beiträge im Stil der Vorauflagen engagiert und mit neuen Impulsen fort.

Das "Anwalts-Handbuch" sieht sich weiterhin in besonderer Weise verpflichtet, alle für die praktische Arbeit des Rechtsanwalts relevanten Rechtsregeln für die praktische Rechtsanwendung aufzubereiten.

Die 5. Auflage bildet im Wesentlichen den Rechtsstand Juni 2020 ab. Autoren, Herausgeber und Verlag sagen abermals Dank für Hinweise aus dem Leserkreis freuen sich auch weiterhin jederzeit über Anregungen.

Dank gilt schließlich dem Lektorat für sorgfältige Arbeit.

Köln, im Oktober 2020



#### **Vorwort zur 1. Auflage**

Ein Großer der Rechtswissenschaft, Gerhard Kegel, leitete vor vielen Jahren das Vorwort seines "Kurz"-Lehrbuchs zum IPR mit der Sentenz ein: ""Mehr, mehr!" schrie der kleine Hävelmann". – Das Anwachsen von Entscheidungsmaterial, Regelungsbestand und Schrifttum lässt sich gerade auch im Arbeitsrecht geradezu exponentiell beobachten. Dieses Handbuch möchte einen Beitrag dazu leisten, dem Praktiker bei der täglichen Arbeit Orientierung zu geben. Es möchte helfen, in einer konkreten Sachverhaltskonstellation die einschlägigen Normkomplexe zu erfassen. Die juristische Bewältigung eines Lebenssachverhalts durchbricht und überschreitet die Trennung des individuellen Arbeitsrechts vom kollektiven, des materiellen Rechts vom prozessualen etc. Die Darstellungen streben daher an, die für den jeweiligen Problemsachverhalt anzuwendenden Regelungen möglichst in ihrer Gesamtheit zu berücksichtigen. Arbeitszeitfragen werfen arbeitsvertragliche, arbeitsschutzrechtliche und betriebsverfassungsrechtliche, gegebenenfalls auch tarifvertragliche Probleme auf. Entsprechendes gilt für viele andere Fragen. Aufbau und Konzeption des Handbuchs sind daher so angelegt, nicht in herkömmlich-traditioneller Weise Arbeitsvertragsrecht, Betriebsverfassungsrecht, Tarifvertragsrecht etc. darzustellen, sondern in konkreten Fragestellungen der Lebenswirklichkeit – der praktischen Fallbewältigung entsprechend – die zu berücksichtigenden Normbereiche aufzurufen. Das Handbuch ist von "Praktikern" - Rechtsanwälten und Richtern - für den Rechtsanwalt konzipiert, der sich mit arbeitsrechtlichen Fällen und Problemen konfrontiert sieht. Die Darstellungen sind daher im wesentlichen an der Rechtsprechung orientiert. Meinungsstreite der Wissenschaft können in diesem Rahmen nicht ausgetragen werden.

Die Rechtslage ist mit dem Stand 1. Juli 2004 berücksichtigt. Das Handbuch hat damit insbesondere alle "Reform"-Gesetze eingearbeitet, die bis zum Beginn des 2. Halbjahres 2004 in Kraft getreten sind.

Zu danken ist an dieser Stelle allen Mitwirkenden, die mit Beharrlichkeit und Einsatz zum Erscheinen des Handbuchs beigetragen haben. Dies gilt selbstverständlich für die Autorinnen und Autoren, die sich mit ihren Beiträgen dem Urteil der Fachöffentlichkeit stellen. Es gilt aber auch für die Anstrengungen und Mühen von Herrn Dr. Burkhard Schröder vom Verlag C.H.Beck, der fachkundig, geduldig und nachdrücklich das Entstehen des Handbuchs begleitet hat.

Autoren, Herausgeber und Verlag sind jederzeit für Anregungen und Hinweise dankbar, um im Sinne einer Dienstleistung am Leser das Handbuch sozusagen als lebenden Organismus weiterzuentwickeln; das Bessere ist der Feind des Guten. Und der Benutzer hat immer nur das "Beste" verdient.

Köln, im September 2004

Wilhelm Moll

#### Inhaltsübersicht

Inhal	tsverzeichnis	XI
Auto	renverzeichnis	LIII
Abkü	irzungs- und Literaturverzeichnis	LVII
Teil 1	A. Das arbeitsrechtliche Mandatsverhältnis	
§ 1 § 2 § 3 § 4	Das Arbeitsrecht in der beratenden und forensischen Praxis (Altenburg)  Der Anwaltsvertrag im arbeitsrechtlichen Mandat (Altenburg)  Anwaltsvergütung und Rechtsschutzversicherung (Altenburg)  Der Gang des arbeitsrechtlichen Mandats am Beispiel der Kündigung (Altenburg)	1 31 52 111
Teil l	B. Statusfragen	
§ 9	Arbeitnehmer oder Selbstständiger (Reiserer/Lachmann)	145 149 185 194 203 247
§ 11	Arbeitsverhältnisse mit Auslandsberührung (Melms/Felisiak)	352
Teil l	D. Arbeitspflicht	
§ 13 § 14 § 15 § 16 § 17	Art der Tätigkeit (Gragert/Katerndahl) Arbeitsort (Gragert/Katerndahl) Arbeitszeit (Gragert/Katerndahl) Verhaltenspflichten (Gragert/Katerndahl) Rechte am Arbeitsergebnis (Gennen) Nicht- und Schlechtleistung (Eisenbeis) Abmahnung (Eisenbeis)	391 416 432 482 487 558 590
Teil l	E. Entgelt im Arbeitsverhältnis	
§ 20 § 21 § 22 § 23 § 24 § 25	Bestimmung und Grundlagen des Entgelts (Hexel)  Arten und Formen der Vergütung (Hexel)  Ein- und Umgruppierung (Schulz)  Abwicklung und Durchsetzung der Entgeltzahlung (Hexel)  Mitbestimmung beim Entgelt (Schulz)  Entgelt bei Leistungsstörungen (Glaser)  Änderung und Flexibilisierung von Entgeltzahlungen (Hexel)  Bildungs- und Umzugsbeihilfen (Glaser)	605 628 680 697 734 790 854 877
Teil l	F. Urlaub	
§ 28	Erholungsurlaub ( <i>Jacobsen</i> )	901 963 980
		VII

#### Inhaltsübersicht

Teil (	G. Nebenpflichten im Arbeitsverhältnis	
§ 31 § 32	Geheimnisschutz (Reinfeld)	1005 1016
	beschränkungen (Reinfeld)	1073
Teil I	H. Betriebliche Altersversorgung	
§ 37 § 38	Grundlagen (Leisbrock)  Ausgestaltung der Versorgungszusage (Leisbrock)  Ansprüche nach dem Betriebsrentengesetz (Leisbrock)  Wechsel des Versorgungsschuldners und Haftung von Gesellschaftern	1211 1240
§ 40	(Leisbrock)	1280 1292
Teil I	I. Beendigung des Arbeitsverhältnisses	
§ 41	Befristung (Plum)	1313
§ 42 § 43	Kündigungserklärung (Vossen) Ordentliche Kündigung (Vossen/C. Ulrich/A. Ulrich)	1388 1408
§ 44	Außerordentliche Kündigung (Reinartz)	1581
§ 45	Sonderkündigungsschutz (Betz/Burg)	1640
8 46 8 47	Änderungskündigung (Boewer)	1827
§ 48 § 49	Der Kündigungsschutzprozess (Boewer)	1862 2029
§ 50	Anzeigepflichtige Entlassungen (Eckhoff)	2116
§ 51 § 52	Zeugnis (Eckhoff)	2143 2155
Teil J	J. Betriebsübertragungen	
§ 53	Tatbestandliche Voraussetzungen des Betriebsübergangs (Cohnen)	2159
	Rechtsfolgen eines Betriebsübergangs (Cohnen)	
§ 55	Unterrichtungspflicht und Widerspruchsrecht (Cohnen)	2258
Teil I	K. Betriebsänderungen	
	Tatbestandsvoraussetzungen von Beteiligungsrechten bei Betriebsänderungen (Liebers)	2305
§ 57	Unterrichtung, Beratung, Verhandlung, Einigung (Liebers)	2363
	L. Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat	
		2.474
8 59 8 60	Organisation (Ludwig/Kemna)	24/1
	Beteiligungstatbestände (Ludwig/Kemna)	
§ 62	Kosten (Aufwendungen, Sachverständige, Schulungen) (Ludwig/Kemna)	2527
§ 63	Regelungsinstrumente (Ludwig/Kemna)	2542
§ 64	Betriebsverfassungsrechtliche Konfliktlösung (Ludwig/Kemna)	2557

#### Inhaltsübersicht

Teil I	M. Fremdpersonaleinsatz	
	Drittbezogener Personaleinsatz (Christ)	
Teil 1	N. Tarifvertragsrecht	
§ 68 § 69 § 70	Einführung (Hamacher/vanLaak)	2635 2698 2720
Teil (	O. Teilzeitarbeitsverhältnisse und geringfügige Beschäftigung	
§ 73 § 74	Teilzeitarbeitsverhältnisse (Lüders)	2779 2808
Teil I	P. Arbeitsgerichtsverfahren	
§ 77 § 78	Der Anwalt im Arbeitsgerichtsprozess (C. Ulrich)  Das Urteilsverfahren (Hamacher/C. Ulrich)  Das Beschlussverfahren (C. Ulrich)  Kosten und Kostenerstattung (C. Ulrich)	2849 2996
Teil (	Q. GmbH-Geschäftsführer und AG-Vorstand	
§ 80 § 81	Das Anstellungsverhältnis des GmbH-Geschäftsführers (Moll)	3031 3070
Teil I	R. Mediation und Konfliktmanagement	
§ 82	Mediation und Konfliktmanagement in der Arbeitswelt (Dendorfer-Ditges/ Ponschab)	3097
Sachv	verzeichnis	3173



#### Teil A. Das arbeitsrechtliche Mandatsverhältnis

§ 1 Das Arbeitsrecht in der beratenden und forensischen Praxis	1
I. Die Bedeutung des Arbeitsrechts in der anwaltlichen Praxis	2
1. Zahlen und Statistik	2
2. Fachanwaltschaft für Arbeitsrecht	3
II. Rechtsquellen des Arbeitsrechts	6
1. Allgemeines	6
2. Spezielle Branchen	16
3. Ångrenzende Rechtsgebiete	20
4. Rangfolge und Verhältnis der Rechtsquellen	21
III. Forensische Tätigkeit	22
1. Feststellung des zuständigen Gerichts	22
2. Schriftsatzform/beA	23
3. Wahrnehmung von Terminen	24
4. Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof	27
IV. Einigungsstelle	28
V. Andere Entscheidungsgremien	29
§ 2 Der Anwaltsvertrag im arbeitsrechtlichen Mandat	31
I. Die Annahme des Mandats	31
1. Pflichten des Rechtsanwalts	31
2. Hinweispflichten hinsichtlich der Kosten und Gebühren	32
3. Prüfung von Interessenkollisionen	34
4. Rechtsschutzversicherung/Vertretung durch Gewerkschaft	36
5. Prozesskostenhilfe und Beiordnung eines Rechtsanwalts	37
6. Berufshaftpflichtversicherung	37
7. Haftungsbeschränkungen	38
8. Vollmacht	40
9. Erörterung von Gang und Dauer der Mandatsabwicklung	41
10. Vergleichsbereitschaft	42
11. Informationsaustausch zwischen Rechtsanwalt und Mandant	43
II. Die Kündigung des Anwaltsvertrages	44
1. Kündigungsgrund und -frist	44
2. Herausgabe von Handakten	44
III. Der Anwaltswechsel	45
1. Aufklärungspflichten nach Kündigung des Anwaltsvertrages	45
2. Herausgabe von Handakten	45
3. Kosten und Gebühren	46
4. Prozesskostenhilfe	47
IV. Regressanspruch des Mandanten	47
1. Haftungsgrundlage und Voraussetzungen	47
2. Umfang des zu ersetzenden Schadens	48
3. Besonderheiten bei gemeinschaftlicher Berufsausübung	49
4. Verjährung	50
§ 3 Anwaltsvergütung und Rechtsschutzversicherung	52
I. Anwaltsvergütung	54
1. Grundlagen	54
1. Orundiagen	J <b>-</b>

XI

	2. Vergütungsvereinbarung	54
	3. Rechtsanwaltsvergütungsgesetz	59
II.	Streitwerte im Urteilsverfahren von A–Z	61
	1. Abfindung	62
	2. Abmahnung	62
	3. Abrechnung	63
	4. Änderungskündigung	63
	5. Allgemeiner Feststellungsantrag	64
	6. Altersteilzeit	65
	7. Arbeitsbescheinigung	65
	8. Arbeitsleistung	65
	9. Arbeitspapiere	66
	10. Aufgabenentziehung	66
	11. Auflösungsantrag	66
	12. Aufrechnung	67
	13. Auskunft	67
	14. Befristung	68
	15. Beschäftigung	68
	16. Bestandsstreitigkeiten	68
	17. Betriebsübergang	73
	18. Darlehen	73
	19. Dienstwagen	74
	20. Diskriminierung	74
	21. Drittschuldnerklage	74
	22. Eingruppigrupg	74
	<ul><li>22. Eingruppierung</li><li>23. Einstweilige Verfügung</li></ul>	75
	24. Entschädigung	75
	24. Entschädigung	
	26. Feststellungskrage	75 75
	26. Freistellungskrage DE FACIDULTIANLIU.	70
	27. Herausgabeansprüche	76 76
	28. Integrationsamt	
	29. Klagehäufung	76
	30. Kündigung	76
	31. Leistungsklage	76
	32. Nachträgliche Klagezulassung	76
	33. Nachweisgesetz	77
	34. Nichtvermögensrechtliche Streitigkeiten	77
	35. Statusklage	77
	36. Stufenklage	77
	37. Teilzeitanspruch	77
	38. Unterlassung	77
	39. Urlaub	78
	40. Vergleich	78
	41. Versetzung	80
	42. Weisungs- und Direktionsrecht	80
	43. Weiterbeschäftigungsanspruch	81
	44. Wettbewerbsverbot	81
	45. Wiedereinstellungsanspruch	82
	46. Wiederkehrende Leistungen	82
	47. Zahlungsklage	83
	48. Zeugnis	83
III.	Streitwerte im Beschlussverfahren von A–Z	84
	1. Anfechtung der Betriebsratswahl	84
	2. Auflösung des Betriebsrats	85
	3. Ausschluss eines Betriebsratsmitglieds	8.5

4. Betriebsvereinbarung	85
5. Einigungsstelle	85
6. Einsicht in Bruttogehaltslisten	86
7. Einstweilige Verfügung	86
8. Freistellung eines Betriebsratsmitglieds	87
9. Mitbestimmung	87
10. Sachmittel des Betriebsrats	89
11. Sachverständige	90
12. Schulung	90
13. Sozialplan	90
14. Unterlassungsanspruch	90
15. Wirtschaftsausschuss	91
16. Zutritt zum Betrieb	91
IV. Rechtsschutzversicherung	91
1. Anspruch auf Arbeits-Rechtsschutz	91
2. Obliegenheiten	96
3. Leistungen in Zusammenhang mit Arbeits-Rechtsschutz	99
4. Vorgehensweise bei bestehender Rechtsschutzversicherung	104
5. Deckungsschutzanfrage	105
6. Reaktionsmöglichkeiten der Rechtsschutzversicherung	
7. Rechte des Versicherungsnehmers bei Deckungsablehnung	107
8. Abrechnung mit der Rechtsschutzversicherung	109
9. Anwaltsvergütung bei Versagung des Deckungsschutzes	
7. Thi waits vergutung bei versugung des Deckungsschutzes	110
§ 4 Der Gang des arbeitsrechtlichen Mandats am Beispiel der Kündigung	111
I. Die Feststellung des Sachverhalts	
1 Aufklärungspflicht: Grundsatz und Reichweite	111
2 Aufklärungspflicht: Ansatzpunkte und Finzelheiten	113
Aufklärungspflicht: Grundsatz und Reichweite      Aufklärungspflicht: Ansatzpunkte und Einzelheiten  II. Die Klärung der Rechtslage	122
Rechtskenntnisse des Rechtsanwalts	122
2. Fristen	123
3. Formvorschriften	
III. Rat an den Mandanten	
Beratungs- und Belehrungspflichten gegenüber Arbeitnehmern	
Beratungs- und Belehrungspflichten gegenüber Arbeitgebern	134
2. Defatuings and Defenitungspinenten gegenaber Tribengebern	131
Teil B. Statusfragen	
§ 5 Arbeitnehmer oder Selbstständiger	145
I. Einführung und Problemstellung "Scheinselbstständigkeit"	
II. Eingeschränktes Wahlrecht	
1. Bezeichnung des Vertrages unmaßgeblich	
Z. Tatsächliche Vertragsabwicklung	
	147
3. Umstellung in freie Mitarbeiterverträge	147
1. Arbeitsrecht – Sozialversicherungsrecht – Steuerrecht –	147
1. Arbeitsrecht – Sozialversicherungsrecht	147
	148
3. Keine Bindungswirkung	148
§ 6 Der Arbeitnehmerbegriff: Abgrenzungsmerkmale	149
I. Arbeitsrecht	149
1. Der Begriff: Arbeitnehmer	149
Echte Abgrenzungskriterien: Gesamtschau	151
3. Ergänzende formelle Abgrenzungskriterien	154
4. Einzelfallentscheidungen	155
Emerianencencianigen	133

5. Fallgruppen	156
6. Arbeitnehmerüberlassung	177
II. Sozialversicherungsrecht	178
1. Grundsatz des Gleichlaufs	178
2. Gesetzliche Regelung, § 7 SGB IV	178
3. Der GmbH-Geschäftsführer im Sozialversicherungsrecht	179
4. Arbeitnehmerähnliche Selbstständige, § 2 S. 1 Nr. 9 SGB VI	181
III. Steuerrecht	182
1. Eigener Arbeitnehmerbegriff	182
2. Abweichende Merkmale	184
§ 7 Rechtsfolgen fehlerhafter Einordnung	185
I. Arbeitsrecht	185
1. Arbeitsrechtliche Schutzvorschriften	185
2. Anpassung der Arbeitsbedingungen	186
3. Rückforderungsansprüche	187
II. Sozialversicherungsrecht	188
1. Nachentrichtung der Gesamtsozialversicherungsbeiträge	188
2. Erstattung nach § 28g SGB IV	189
3. Abweichende Vereinbarung	189
III. Steuerrecht	190
1. Lohnsteuerabzugsverfahren	190
2. Umsatzsteuer	191
IV. Strafrechtlicher Exkurs: Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelten	191
1. Sozialrechtsakzessorische Gestaltung	192
2. Vorsatz	192
3. Veriährung	192
DIE EVCHDITCHHVVIDITI	NIC
§ 8 Verfahrensfragen DIF FACHBUCHHANDLUI	194
I. Arbeitsrecht	194
1. Zuständigkeit der Arbeitsgerichte	194
2. Klagearten	196
II. Sozialversicherungsrecht	198
1. Anfrageverfahren nach § 7a Abs. 1 SGB IV	198
2. Klageverfahren	200
III. Steuerrecht	200
1. Anrufungsauskunft nach § 42e EStG	200
2. Rechtsmittel	201
2. Recitorities	201
Teil C. Begründung des Arbeitsverhältnisses	
§ 9 Anbahnung des Arbeitsverhältnisses	203
I. Personalgewinnung	203
1. Personalplanung und Stellenausschreibung	203
2. Stellensuche	215
3. Abwerbung	217
II. Informationsbeschaffung des AG	220
1. Rahmenbedingungen für Informationsbeschaffung im Anbahnungsverhält-	
nis	221
2. Informationsbeschaffung des AG beim Bewerber	222
3. Informationsbeschaffung des AG unter Mitwirkung Dritter	236
4. Einfühlungsverhältnis	242
5. Beteiligungsrechte des BR	244
III. Anbahnungsverhältnis	244
1. Grundsätze	244

		2. Einzelfälle	245
		3. Obhutspflichten	246
		•	
§	10	Begründung des Arbeitsverhältnisses	247
	I.	Entstehung des Arbeitsverhältnisses	247
		1. Vertragsschluss	
		2. Arbeitsverhältnis kraft Gesetzes	254
		3. Faktisches Arbeitsverhältnis	257
	II.	Diskriminierungsverbote bei Begründung des Arbeitsverhältnisses	
		1. Diskriminierungsverbote nach dem AGG und dem GenDG	261
		Rechtsfolgen einer Diskriminierung	276
	III.	Gesetzliche Dokumentationspflichten	280
		1. Nachweisgesetz	280
		Weitere gesetzliche Dokumentationspflichten	282
	IV.	Inhaltskontrolle	282
		1. Allgemeine Grenzen der Vertragsfreiheit	
		"Arbeitsrechtliche Inhaltskontrolle" nach der Schuldrechtsreform	284
	V	Beteiligungsrechte des Betriebsrates	337
	٠.	1. Auswahlrichtlinien	
		2. Mitbestimmung bei personellen Einzelmaßnahmen, § 99 BetrVG	
	VI	Meldepflichten	351
	٧ 1.	THE INCHEST AND ADDRESS OF THE INCHEST AND ADDRE	331
8	11	Arbeitsverhältnisse mit Auslandsberührung	352
o		Auslandsberührung	
	1.	Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern in Deutschland	353
		Beschäftigung von Arbeitnehmern im Ausland	
	ΤΤ	A rhoiteracht	366
	11.	Arbeitsrecht	366
		Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern in Deutschland	
		3. Entsendung von Deutschland ins Ausland	372
		4. Reform der Entsenderichtlinie	376
		5. Beteiligungsrechte des Betriebsrats	
		6. Melde-/Registrierungspflichten innerhalb der EU	
	ш	Sozialversicherungsrecht	380
	111.	1. Grundlagen	381
		2. Zwischenstaatliches Recht	381
		3. Ausstrahlung	384
		4. Einstrahlung	385
		5. Anwendung auf die arbeitsvertraglichen Entsendungsformen	
	TV/	Steuerrecht	386
	1 4.	1. Besteuerung des Arbeitnehmers bei Entsendung ins Ausland	386
		Besteuerung des Arbeitnehmers bei Entsendung nach Deutschland	388
		3. Steuerliche Behandlung von Entsendungen bei den beteiligten Unternehmen	388
	v	Exkurs: Besondere Konstellationen des grenzüberschreitenden Auslandseinsat-	300
	٧.	zes	389
		1. Entsendung vs. grenzüberschreitende Arbeitnehmerüberlassung	389
		2. Brexit	389
		2. DIVAIL	507
		Teil D. Arbeitspflicht	
§	12	Art der Tätigkeit	391
-		Die Verpflichtung des Arbeitnehmers zur persönlichen Arbeitsleistung, § 613	
	1.	Abs. 1 BGB	391
		1. Höchstpersönliche Verpflichtung	391
		Ausnahmsweise zulässige Arbeitsleistung durch Dritte	391
		2. Programms werse Zurassige Professionating duren Dritte	5/1
			XV

	Gläubigerstellung des Arbeitgebers	392
III.	Art der Tätigkeit	393
	1. Art der vertraglich geschuldeten Arbeit	393
	2. Direktionsrecht des Arbeitgebers	398
	3. Beteiligungsrechte des Betriebsrats bei Änderung der Tätigkeit	
	4. Kontrolle des Direktionsrechts	412
	5. Zurückbehaltungsrecht des Arbeitnehmers	414
8 1 3	Arbeitsort	416
-		
	Begriff des Arbeitsorts	416 416
11.	Festlegung des Leistungsorts	416
	Bestimmung im Arbeitsvertrag     Bestimmung des Leistungsorts "aus den Umständen"	417
	3. Bestimmungsrecht des Arbeitgebers	417
Ш	Flexibilisierung des Leistungsorts ("Homeoffice")	417
111.	1. Kein gesetzlicher Anspruch des Arbeitnehmers	418
	Kein Recht des Arbeitgebers zur einseitigen Einführung	419
	3. Typische Regelungsgegenstände von Homeoffice-Vereinbarungen	420
	4. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	422
IV.	Versetzung	425
	1. Individualrechtliche Grundlage	425
	2. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	430
V.	Betriebsverlegung als kollektiver Wechsel des Einsatzortes	431
	1. Individualrechtliche Zulässigkeit	431
	2. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	431
0.4.4		
§ 14	Arbeitszeit	432
I.	Begriffsbestimmungen zur Arbeitszeit	432
	1. Arbeitszeit	432
	2. Wege- und Dienstreisezeiten	433
	3. Arbeitsbereitschaft	436
	4. Bereitschaftsdienst	437 439
	5. Rufbereitschaft	440
	7. Umkleide- und Waschzeiten/Übergabezeiten	443
	8. Nachtarbeit	444
П	Dauer der Arbeitszeit	446
11.	1. Gesetzliche Höchstarbeitszeit	446
	2. Vereinbarte Dauer der Arbeitszeit	446
	3. Verlängerung und Verkürzung der Arbeitszeit	450
	4. Abrufarbeit als Sonderform zur Dauer der Arbeitszeit	464
III.	Lage der Arbeitszeit	468
	1. Begriffsbestimmung	468
	2. Gestaltungsformen der Lage der Arbeitszeit (Flexibilisierung der Arbeits-	
	zeit)	470
	3. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei der Lage der Arbeitszeit	476
2 1 5	Vonhaltonenflichton	102
	Verhaltenspflichten	482
	Begriff der Verhaltenspflicht	482
	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	484
111.	Muster: Betriebsvereinbarung zum Rauchverbot	485
§ 16	Rechte am Arbeitsergebnis	487
	Einführung	488
1.		.00

II.	Erwerb des Sacheigentums	489
	1. Arbeitsvertraglich geschuldete Ergebnisse	489
	2. Arbeitsvertraglich nicht geschuldete Ergebnisse	
III.	Arbeitnehmererfindungen und Verbesserungsvorschläge	491
111.	1. Einführung	491
	2. Die Grundbegriffe "technische Erfindung", "Diensterfindung", und "Miter-	171
	finderschaft"	493
	3. Meldepflicht bei Diensterfindungen	496
	4. Rechte an der Erfindung, Überleitung der Rechte, Freiwerden der Erfin-	770
	dung, Verpflichtung zur Schutzrechtsanmeldung, Betriebsgeheime Erfin-	
	dung, Auslandsfreigabe, Anbieten bei Fallenlassen	501
	5. Vergütung	508
	6. Freie Erfindungen	523
	7. Technische Verbesserungsvorschläge im ArbEG	524
		324
	8. Unabdingbarkeit, Unbilligkeit, Geheimhaltungspflicht, Verpflichtungen aus	525
	dem Arbeitsverhältnis	525
	9. Öffentlicher Dienst, Hochschulerfindungen	527
	10. Streitigkeiten	530
TX 7	11. Das betriebliche Vorschlagswesen (BVW)	
IV.	Grundzüge des Arbeitnehmerurheberrechts	537
	1. Einführung	537
	2. Werke in Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Arbeits- oder Dienstver-	538
	hältnis (ohne Computerprogramme)	
	3. Arbeitsvertraglich nicht geschuldete Werke (ohne Computerprogramme)	
	4. Computerprogramme	549
	5. Datenbanken	554
17	6. Verranrensrecht	554
v.	6. Verfahrensrecht  Sonstige schutzfähige Schöpfungen  1. Designs (früher Geschmacksmuster)	\555 555
	1. Designs (fruner Geschmacksmuster)	550
	2. Pflanzenzüchtungen	
	3. Halbleitererzeugnisse	557 557
	4. Marken	33/
	NV 1 10 11 1 1 1	
	Nicht- und Schlechtleistung	558
I.	Allgemeines	558
II.	Nichtleistung des Arbeitnehmers	558
	1. Fallgruppen der Unmöglichkeit	559
	2. Reaktionsmöglichkeiten des Arbeitgebers	564
III.	Schlechtleistung des Arbeitnehmers	577
	1. Begriff und Anwendungsbereich	577
	2. Reaktionsmöglichkeiten des Arbeitgebers	
	3. Haftungserleichterung des Arbeitnehmers	579
	4. Haftung für Schäden bei Dritten	
\$ 18	Abmahnung	590
	•	590
1. 11	Begriff und Funktion	
II.	Rechtsgrundlage und Anwendungsbereich	591
111.	Erforderlichkeit	592
	1. Grundsatz: Abmahnung bei jeder verhaltensbedingten Kündigung	592
	2. Entbehrlichkeit der Abmahnung	593
13.7	3. Verhältnismäßigkeit der Abmahnung	595
IV.	Voraussetzungen	595 595
	1. Anhörung des Arbeitnehmers/Betriebsrats/Schwerbehindertenvertretung	595 596
	2. Abmahnungsberechtigter	シフロ

	3. Zugang	596
	4. Frist	597
V.	Wirkungen der Abmahnung	597
	1. Verlust des konkret beanstandeten Fehlverhaltens als Kündigungsgrund	597
	2. Kündigung nur bei gleichartigen Wiederholungsfällen	598
	3. Wirkungsdauer	598
	4. Mehrmalige Abmahnung bei geringfügigen Verstößen	599
	5. Keine präjudizielle Wirkung der Abmahnung	600
VI.	Gegenrechte des Abgemahnten	600
	1. Entfernung aus der Personalakte	600
	2. Gegendarstellung	601
	3. Beschwerde	602
VII.	Streitigkeiten	602
VIII.	Abgrenzung	603
	Exkurs: Die betriebsverfassungsrechtliche Abmahnung	603
	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
	Teil E. Entgelt im Arbeitsverhältnis	
s 19	Bestimmung und Grundlagen des Entgelts	605
	Einleitung	605
1.	Anspruchsgrundlagen und Bestimmungsfaktoren	606
11.		606
	1. Arbeitsvertrag	
	2. Tarifvertrag	607
	3. Betriebsvereinbarung	
	4. Gleichbehandlungsgrundsatz	607
	5. Betriebliche Übung	
	6. Gesamtzusage	612
	7. § 612 ADS. 2 DGD	612
ш	8. Abrechnungspflicht § 108 GewO	
111.	Entgelthöhe	613
	1. Vertragliche Regelungen	613
	2. Gesetzlicher Mindestlohn (MiLoG)	613
	3. Lohnwucher (§ 138 BGB)	618
	4. Entgelttransparenzgesetz	621
	5. Equal Pay für Leiharbeitnehmer	625
	6. Brutto-/Nettoentgelt	625
8 20	Arten und Formen der Vergütung	628
	Geld- und Naturalvergütung	629
1.	1. Einleitung	629
	Formen der Naturalvergütung	
ш	Leistungsbezogene Entgelte	
11.	1. Akkordlohn	637
	2. Prämienlohn	638
TTT	3. Leistungslohn	638 639
ш.	1. Provision	
		639
137	2. Tantieme	639
IV.	Zielabhängige variable Vergütung	640
	1. Begriff	640
	2. Rechtsgrundlagen	641
	3. Grundsätze der Zielfestlegung	642
	4. Feststellung der Zielerreichung	645
	5. Rechtsprechung zur fehlenden Zielvereinbarung	646
	6. Auswirkungen krankheitsbedingter Fehlzeiten	648

	7. Auswirkungen sonstiger Fehlzeiten	650
	8. Vorzeitiges Ausscheiden des Arbeitnehmers	650
	9. Zielanpassung bei verschlechterten Rahmenbedingungen	652
	10. Mitbestimmungsrechte und -pflichten des Betriebsrats	653
V.	Aktienoptionen	654
	1. Begriff	654
	2. Rechtsnatur der Aktienoptionen	655
	3. Verhältnis von Aktienoptionen und Festgehalt	656
	4. Aktienoptionen und Gleichbehandlungsgrundsatz	657
	5. Kürzung wegen Fehlzeiten im Bezugszeitraum	658
	6. Bindungs- und Verfallklauseln	659
	7. Steuerliche Behandlung auf Arbeitnehmerseite	660
	8. Aktienoptionen und Betriebsübergang	661
	9. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	661
	10. Rechtswegzuständigkeit	661
371		661
V 1.	(Jahres-)Sonderzahlungen	
	1. Grundlagen	661
	2. Betriebstreueleistungen	664
	3. Entgeltleistungen / Leistungen mit Mischcharakter	668
X 777	4. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	671
VII.	Überstundenvergütung und Zulagen	
	1. Übertarifliche Zulagen	673
	2. Anrechnungsmöglichkeit	
	3. Effektivklauseln	674
	4. Mitbestimmung des Betriebsrats	675
VIII.	Vorschuss/Arbeitgeberdarlehen	
	1. Entgeltcharakter	675
	2. Auswirkungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses	676
	21 1100 11110 1150 201 201 201 201 201 201 201 201 201 20	
IX.	Anwesenheitsprämien	
	Anwesenheitsprämien	677
§ 21	Anwesenheitsprämien	
§ 21	Anwesenheitsprämien	677 680 680
§ 21	Anwesenheitsprämien	677 680
§ 21	Anwesenheitsprämien	677 680 680
§ 21	Anwesenheitsprämien	677 680 680
§ 21	Anwesenheitsprämien	677 680 680 680
§ 21 I.	Anwesenheitsprämien	677 680 680 680
§ 21 I.	Anwesenheitsprämien	677 680 680 680 681 685
§ 21 I.	Anwesenheitsprämien	677 680 680 680 681 685 687
§ 21 I. II.	Anwesenheitsprämien	677 680 680 680 681 685 687 687
§ 21 I. II.	Anwesenheitsprämien	677 680 680 680 681 685 687 687 688
§ 21 I. II.	Anwesenheitsprämien	677 680 680 680 681 685 687 687 688 689 689
§ 21 I. II.	Anwesenheitsprämien	677 680 680 680 681 685 687 687 688 689 689
§ 21 I. II.	Anwesenheitsprämien	677 680 680 680 681 685 687 687 688 689 689
§ 21 I. II.	Anwesenheitsprämien	677 680 680 680 681 685 687 687 688 689 689 689
§ 21 I. II.	Anwesenheitsprämien	677 680 680 680 681 685 687 688 689 689 689 690 694
§ 21 I. II.	Anwesenheitsprämien	677 680 680 680 681 685 687 688 689 689 689 690 694
II. III. IV.	Ein- und Umgruppierung  Allgemeines zur Eingruppierung und Umgruppierung  1. Begriff  2. Abhängigkeit der Eingruppierung von der Ausgestaltung der kollektiven Vergütungsordnung  3. Einzelfälle der Ein- und Umgruppierung  Bedeutung der Eingruppierung für den Arbeitnehmer  1. Zusammenhang von Eingruppierung und Vergütungshöhe  2. Klage des Arbeitnehmers gegen zu niedrige Eingruppierung  Öffentlicher Dienst  Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates  1. Voraussetzungen des Mitbestimmungsrechtes  2. Ausgestaltung des Mitbestimmungsrechtes  3. Zustimmungsersetzungsverfahren  4. Beendigung des Zustimmungsersetzungsverfahrens  5. Erzwingbarkeit der Durchführung des Zustimmungsverfahrens durch den Betriebsrat	677 680 680 680 681 685 687 688 689 689 690 694
II. III. IV.	Ein- und Umgruppierung  Allgemeines zur Eingruppierung und Umgruppierung  1. Begriff  2. Abhängigkeit der Eingruppierung von der Ausgestaltung der kollektiven Vergütungsordnung  3. Einzelfälle der Ein- und Umgruppierung  Bedeutung der Eingruppierung für den Arbeitnehmer  1. Zusammenhang von Eingruppierung und Vergütungshöhe  2. Klage des Arbeitnehmers gegen zu niedrige Eingruppierung  Öffentlicher Dienst  Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates  1. Voraussetzungen des Mitbestimmungsrechtes  2. Ausgestaltung des Mitbestimmungsrechtes  3. Zustimmungsersetzungsverfahren  4. Beendigung des Zustimmungsersetzungsverfahrens  5. Erzwingbarkeit der Durchführung des Zustimmungsverfahrens durch den Betriebsrat  Bedeutung des betriebsverfassungsrechtlichen Mitbestimmungsverfahren für den	677 680 680 680 681 685 687 688 689 689 690 694 694
II. III. IV.	Ein- und Umgruppierung  Allgemeines zur Eingruppierung und Umgruppierung  1. Begriff  2. Abhängigkeit der Eingruppierung von der Ausgestaltung der kollektiven Vergütungsordnung  3. Einzelfälle der Ein- und Umgruppierung  Bedeutung der Eingruppierung für den Arbeitnehmer  1. Zusammenhang von Eingruppierung und Vergütungshöhe  2. Klage des Arbeitnehmers gegen zu niedrige Eingruppierung  Öffentlicher Dienst  Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates  1. Voraussetzungen des Mitbestimmungsrechtes  2. Ausgestaltung des Mitbestimmungsrechtes  3. Zustimmungsersetzungsverfahren  4. Beendigung des Zustimmungsersetzungsverfahrens  5. Erzwingbarkeit der Durchführung des Zustimmungsverfahrens durch den Betriebsrat  Bedeutung des betriebsverfassungsrechtlichen Mitbestimmungsverfahren für den Arbeitnehmer	677 680 680 680 681 685 687 688 689 689 690 694 694
II. III. IV.	Ein- und Umgruppierung  Allgemeines zur Eingruppierung und Umgruppierung  1. Begriff  2. Abhängigkeit der Eingruppierung von der Ausgestaltung der kollektiven Vergütungsordnung  3. Einzelfälle der Ein- und Umgruppierung  Bedeutung der Eingruppierung für den Arbeitnehmer  1. Zusammenhang von Eingruppierung und Vergütungshöhe  2. Klage des Arbeitnehmers gegen zu niedrige Eingruppierung  Öffentlicher Dienst  Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates  1. Voraussetzungen des Mitbestimmungsrechtes  2. Ausgestaltung des Mitbestimmungsrechtes  3. Zustimmungsersetzungsverfahren  4. Beendigung des Zustimmungsersetzungsverfahrens  5. Erzwingbarkeit der Durchführung des Zustimmungsverfahrens durch den Betriebsrat  Bedeutung des betriebsverfassungsrechtlichen Mitbestimmungsverfahren für den Arbeitnehmer  1. Keine Bindung des Arbeitnehmers	677 680 680 680 681 685 687 688 689 689 690 694 694 695
II. III. IV.	Ein- und Umgruppierung  Allgemeines zur Eingruppierung und Umgruppierung  1. Begriff  2. Abhängigkeit der Eingruppierung von der Ausgestaltung der kollektiven Vergütungsordnung  3. Einzelfälle der Ein- und Umgruppierung  Bedeutung der Eingruppierung für den Arbeitnehmer  1. Zusammenhang von Eingruppierung und Vergütungshöhe  2. Klage des Arbeitnehmers gegen zu niedrige Eingruppierung  Öffentlicher Dienst  Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates  1. Voraussetzungen des Mitbestimmungsrechtes  2. Ausgestaltung des Mitbestimmungsrechtes  3. Zustimmungsersetzungsverfahren  4. Beendigung des Zustimmungsersetzungsverfahrens  5. Erzwingbarkeit der Durchführung des Zustimmungsverfahrens durch den Betriebsrat  Bedeutung des betriebsverfassungsrechtlichen Mitbestimmungsverfahren für den Arbeitnehmer	677 680 680 680 681 685 687 688 689 689 690 694 694
II. III. IV. V.	Ein- und Umgruppierung  Allgemeines zur Eingruppierung und Umgruppierung  1. Begriff  2. Abhängigkeit der Eingruppierung von der Ausgestaltung der kollektiven Vergütungsordnung  3. Einzelfälle der Ein- und Umgruppierung  Bedeutung der Eingruppierung für den Arbeitnehmer  1. Zusammenhang von Eingruppierung und Vergütungshöhe  2. Klage des Arbeitnehmers gegen zu niedrige Eingruppierung  Öffentlicher Dienst  Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates  1. Voraussetzungen des Mitbestimmungsrechtes  2. Ausgestaltung des Mitbestimmungsrechtes  3. Zustimmungsersetzungsverfahren  4. Beendigung des Zustimmungsersetzungsverfahrens  5. Erzwingbarkeit der Durchführung des Zustimmungsverfahrens durch den Betriebsrat  Bedeutung des betriebsverfassungsrechtlichen Mitbestimmungsverfahren für den Arbeitnehmer  1. Keine Bindung des Arbeitnehmers  2. Bindung des Arbeitgebers	677 680 680 680 681 685 687 688 689 689 690 694 694 695
II. III. IV. V.	Ein- und Umgruppierung  Allgemeines zur Eingruppierung und Umgruppierung  1. Begriff  2. Abhängigkeit der Eingruppierung von der Ausgestaltung der kollektiven Vergütungsordnung  3. Einzelfälle der Ein- und Umgruppierung  Bedeutung der Eingruppierung für den Arbeitnehmer  1. Zusammenhang von Eingruppierung und Vergütungshöhe  2. Klage des Arbeitnehmers gegen zu niedrige Eingruppierung  Öffentlicher Dienst  Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates  1. Voraussetzungen des Mitbestimmungsrechtes  2. Ausgestaltung des Mitbestimmungsrechtes  3. Zustimmungsersetzungsverfahren  4. Beendigung des Zustimmungsersetzungsverfahrens  5. Erzwingbarkeit der Durchführung des Zustimmungsverfahrens durch den Betriebsrat  Bedeutung des betriebsverfassungsrechtlichen Mitbestimmungsverfahren für den Arbeitnehmer  1. Keine Bindung des Arbeitnehmers  2. Bindung des Arbeitgebers  Abwicklung und Durchsetzung der Entgeltzahlung	677 680 680 680 681 685 687 688 689 690 694 694 695 696 696
II. III. IV. V.	Ein- und Umgruppierung  Allgemeines zur Eingruppierung und Umgruppierung  1. Begriff  2. Abhängigkeit der Eingruppierung von der Ausgestaltung der kollektiven Vergütungsordnung  3. Einzelfälle der Ein- und Umgruppierung  Bedeutung der Eingruppierung für den Arbeitnehmer  1. Zusammenhang von Eingruppierung und Vergütungshöhe  2. Klage des Arbeitnehmers gegen zu niedrige Eingruppierung  Öffentlicher Dienst  Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates  1. Voraussetzungen des Mitbestimmungsrechtes  2. Ausgestaltung des Mitbestimmungsrechtes  3. Zustimmungsersetzungsverfahren  4. Beendigung des Zustimmungsersetzungsverfahrens  5. Erzwingbarkeit der Durchführung des Zustimmungsverfahrens durch den Betriebsrat  Bedeutung des betriebsverfassungsrechtlichen Mitbestimmungsverfahren für den Arbeitnehmer  1. Keine Bindung des Arbeitnehmers  2. Bindung des Arbeitgebers	677 680 680 680 681 685 687 688 689 689 690 694 694 695

2. Leistungsort	698
3. Art der Auszahlung	698
4. Fälligkeit	699
5. Abrechnung	701
II. Lohnsicherung	703
1. Verfügungsverbote/Abtretung	703
2. Aufrechnung	706
3. Zurückbehaltungsrecht	707
4. Pfändungsschutz	708
III. Gerichtliche Durchsetzung	715
1. Rechtswegzuständigkeit	715
2. Örtliche Zuständigkeit	716
3. Klageart	718
4. Einstweiliger Rechtsschutz	725
IV. Ausschluss- oder Verfallfristen	726
V. Verjährung	731
VI. Verwirkung	732
§ 23 Mitbestimmung beim Entgelt	734
I. Allgemeines zum Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates	735
1. Überblick	735
2. Gegenstand des Mitbestimmungsrechtes des § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	736
3. Zweck des Mitbestimmungsrechtes	736
4. Entgeltbegriff	736
5. Arbeitnehmer	738
6. Kollektiver Tatbestand	738
II. Reichweite des Mitbestimmungsrechtes des § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	739
1. Tarifvorrang	739
2. AT-Angestellte	741
3. Mitbestimmungsfreie Entscheidungen des Arbeitgebers	741
III. Mitbestimmungsrecht bei Grundentscheidungen der betrieblichen Lohngestal-	
tung	742
1. Begriffsdefinitionen	742
2. Vom Mitbestimmungsrecht nicht erfasste Gegenstände	743
3. Mitbestimmungsrecht bei einzelnen Grundsatzentscheidungen	746
IV. Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates im freiwilligen Bereich	748
V. Einzelfälle	748
1. Sonderzahlungen	749
2. Zulagen, Zuschläge und Zeitgutschriften	749
3. Gewinn- und Ergebnisbeteiligung	750
4. Sachleistungen, insbesondere private Nutzung eines dienstlichen Kfz	750
5. Mitbestimmungsrecht bei Aktienoptionsplänen	751
6. Betriebliche Altersversorgung	753
VI. Besondere Vergütungsformen	755
1. Leistungsbezogene Entgelte nach § 87 Abs. 1 Nr. 11 BetrVG	755
2. Provision	758
3. Variable zielorientierte Vergütungssysteme	758
4. Bandbreitensysteme	762
5. Vergütungsregelungen bei vorübergehender Entsendung in das Ausland	765
VII. Mitbestimmungsrechte nach § 87 Abs. 1 Nr. 8 und 9 BetrVG	766
1. Allgemeines	766
2. Mitbestimmungsfreie Vorentscheidungen des Arbeitgebers	766
3. Sozialeinrichtung	766
4. Einzelfragen	767
5. Zuweisung und Kündigung von Wohnungen	768

VIII	Mitbestimmung bei der Änderung von Entgeltleistungen	768
V 111.	Änderung von freiwilligen Leistungen – Grundsatz      Wegfall von freiwilligen Leistungen als mitbestimmungspflichtige Änderung	770
	des Vergütungssystems	770
	3. Besonderheiten bei der Änderung der betrieblichen Altersversorgung	771
	4. Grundlegende Änderungen des Vergütungssystems	772
	5. Anrechnung von Lohnerhöhungen auf über- und außertarifliche Zulagen	773
	6. Trennung von Mitbestimmungsverfahren und Änderung des Arbeitsvertra-	775
IV	ges	775 775
	Mitbestimmungsrecht bei den Auszahlungsmodalitäten der Arbeitsentgelte	777
	Einblicksrecht des Betriebsrats in Bruttoentgeltlisten	777
	Durchführung der Mitbestimmung	778
XIII	Zuständigkeit	780
	Meinungsverschiedenheiten	781
	Sicherung des Mitbestimmungsrechtes des Betriebsrats	781
	Rechte der Arbeitnehmer bei mitbestimmungswidrigem Verhalten des Arbeit-	, 01
	gebers	781
XVII	. Textmuster	782
	Entgelt bei Leistungsstörungen	790
	Nichterfüllung der Arbeitsleistung	
II.	Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	792
	Allgemeine Voraussetzungen     Krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit	792
	2. Krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit	793
	Kausalität      Verschuldete Arbeitsunfähigkeit	795
	4. Verschuldete Arbeitsunfähigkeit	797
	5. Anzeige- und Nachweispflichten	
	6. Zeitraum der Entgeltfortzahlung	809 814
	7. Höhe der Entgeltfortzahlung 8. Forderungsübergang	820
	9. Unabdingbarkeit	822
	10. Sonderfall: Organ- und Gewebespenden	823
Ш	Entgeltfortzahlung an Feiertagen	824
111.	1. Kausalität	824
	2. Höhe des fortzuzahlenden Feiertagsentgelts	826
	3. Anspruchsausschluss bei unentschuldigtem Fehlen	827
	4. Beweispflicht	
IV.	Entgeltzahlung bei persönlicher Arbeitsverhinderung	827
	1. Sonderfall: Pflege naher Angehöriger	828
	2. Verhältnismäßigkeit	829
	3. Betreuung der Kinder bei Schul- und Kindergartenschließungen	829
V.	Sonderfall: Lohnfortzahlung in Zeiten von Corona	830
	1. Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	830
	2. Berufsausübungsverbot und Quarantäne, § 56 IfSG	831
	3. Kinderbetreuung	832
	4. Betriebsschließungen	833
VI.	Annahmeverzug des Arbeitgebers	834
	1. Voraussetzungen	834
	2. Beendigung des Annahmeverzugs	841
	2 D 1, (1	
	3. Rechtsfolgen	842
1/II	4. Darlegungs- und Beweislast	850

§ 25	Änderung und Flexibilisierung von Entgeltzahlungen	854
	Einleitung	8.54
II.	Individualrechtliche Instrumente	855
	1. Direktionsrecht	855
	2. Freiwilligkeitsvorbehalte	857
	3. Widerrufsvorbehalt	860
	4. Anrechnung übertariflicher Vergütungsbestandteile	866
	5. Befristung von Vergütungsbestandteilen	866
	6. Einvernehmliche Vertragsänderung	868
	7. Negative betriebliche Übung	869
	8. Änderungskündigung zur Vergütungsreduzierung	870
III.	Arbeitsvertragsbedingungen mit kollektivem Bezug	874
	Bildungs- und Umzugsbeihilfen	877
I.	Aus- und Fortbildungsbeihilfen	877
	1. Definition der Beihilfen	877
	2. Arbeitsvertragliche Rückzahlungsklauseln	878
	3. Beendigung des Arbeitsverhältnisses	890
	4. Inhalt und Umfang der Rückzahlungspflicht	892
	5. Tarifvertragliche Rückzahlungsklauseln	893
	6. Rückzahlungsklauseln in Betriebsvereinbarungen	894
	7. Rechtsprechungs-Zusammenfassung	895
II.	Umzugsbeihilfen	895
	1. Definition	895
	Anspruch auf Umzugsbeihilfen      Rückzahlungsklauseln	895
	3. Rückzahlungsklauseln	896
	4. Tarifvertragliche Rückzahlungsklauseln	898
III.	4. Tarifvertragliche Rückzahlungsklauseln	898
		1 4 6
	Teil F. Urlaub	
	Erholungsurlaub	901
I.	Urlaubsanspruch	903
	1. Rechtsgrundlagen	903
	2. Entstehen des gesetzlichen Urlaubsanspruches	903
	3. Tiefgreifende Veränderungen im deutschen Urlaubsrecht infolge der Recht-	
	sprechung des EuGH	905
	4. Mitwirkungsobliegenheiten des Arbeitgebers	907
	5. Höchstpersönlichkeit des Urlaubs	912
	6. Zweck des Urlaubs	914
	7. Erlöschen des Urlaubsanspruches	915
	8. Ausschlussfristen und Verjährung	917
	9. Urlaubsanspruch im ruhenden Arbeitsverhältnis	918
	10. Vertrauensschutz im Zusammenhang mit der Schultz-Hoff-Entscheidung	920
II.	Festlegung des Urlaubszeitpunktes	920
	1. Geltendmachung	920
	2. Freistellungserklärung	921
	3. Urlaubswünsche des Arbeitnehmers	924
	Urlaubswünsche des Arbeitnehmers     Nachträgliche Veränderung	924 924
	Urlaubswünsche des Arbeitnehmers     Nachträgliche Veränderung     Zusammenhängende Gewährung	924 924 925
	3. Urlaubswünsche des Arbeitnehmers 4. Nachträgliche Veränderung 5. Zusammenhängende Gewährung 6. Mitbestimmung des Betriebsrats	924 924 925 925
III.	3. Urlaubswünsche des Arbeitnehmers 4. Nachträgliche Veränderung 5. Zusammenhängende Gewährung 6. Mitbestimmung des Betriebsrats  Dauer des Urlaubs	924 924 925 925 927
III.	3. Urlaubswünsche des Arbeitnehmers 4. Nachträgliche Veränderung 5. Zusammenhängende Gewährung 6. Mitbestimmung des Betriebsrats Dauer des Urlaubs 1. Gesetzliche Mindestdauer	924 924 925 925 927 927
III.	3. Urlaubswünsche des Arbeitnehmers 4. Nachträgliche Veränderung 5. Zusammenhängende Gewährung 6. Mitbestimmung des Betriebsrats  Dauer des Urlaubs	924 924 925 925 927

IV.	Voll- und Teilurlaub	933
	1. Gesetzlicher Vollurlaub	933
	2. Teilurlaub	933
	3. Rückforderungsverbot	935
V	Vermeidung von Doppelansprüchen	935
VI	Anspruch auf Urlaubsentgelt	937
٧1.	Berechnung des Urlaubsentgelts	937
	Fälligkeit des Anspruchs auf Urlaubsentgelt	939
		939
	Urlaubsgeld      Übertragbarkeit des Urlaubsentgelt- und Urlaubsgeldanspruchs	939
3.711		
VII.	Abgeltung des Urlaubsanspruchs	940
	1. Entstehung des Abgeltungsanspruchs	940
	2. Inhalt des Abgeltungsanspruchs	941
	3. Vererblichkeit, Pfändbarkeit und Abtretbarkeit	941
	4. Sozialversicherungs- und steuerrechtliche Fragen	942
	5. Ausschlussfristen und Verjährung	942
	6. Exkurs: Personenbedingte Kündigung bei dauerhafter Arbeitsunfähigkeit	943
VIII.	Besondere Urlaubsregelungen	943
	1. Urlaub für jugendliche Arbeitnehmer und Auszubildende	943
	2. Zusatzurlaub für Schwerbehinderte	945
	3. Urlaub im Bereich der Heimarbeit	948
	4. Urlaub nach dem Seearbeitsgesetz	950
IX.	Verhältnis zu kollektiv-rechtlichen und einzelvertraglichen Regelungen	953
	1. Verhältnis zum Tarifvertrag	954
	2. Verhältnis zur Betriebsvereinbarung	955
	3. Verhältnis zum Arbeitsvertrag	955
X	Urlanh bei Betriebsübergang	955
	Urlaub bei Betriebsübergang  1. Ansprüche gegen den Veräußerer  2. Ansprüche gegen den Erwerber	956
	2 Ansprüche gegen den Frwerher	956
	Ausgleich zwischen Erwerber und Veräußerer	957
VΙ	Urlaub bei Insolvenz	957
Λ1.	Bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens	957
	Vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	958
	3. Insolvenzgeld	958
3/11	4. Betriebsübergang in der Insolvenz	958
XII.	Prozessuale Geltendmachung	959
	1. Klage	959
	2. Einstweilige Verfügung	960
	3. Selbstbeurlaubung	961
	4. Klage auf Urlaubsabgeltung	962
		0.62
	Mutterschaftsurlaub, Elternzeit, Pflege- und Familienpflegezeit	963
I.	Mutterschaftsurlaub, Gesetzesentwicklung	963
II.	Elternzeit	964
	1. Anspruchsvoraussetzungen gemäß § 15 Abs. 1 BEEG	964
	2. Inanspruchnahme der Elternzeit	965
	3. Dauer	966
	4. Wirkungen der Elternzeit	966
III.	Pflegezeit	971
	1. Kurzzeitige Freistellung	972
	2. Pflegezeit gemäß § 3 PflegeZG	974
	3. Sonderkündigungsschutz gemäß § 5 PflegeZG	975
	4. Befristete Vertretung	976
IV	Familienpflegezeit	976
1 V.	1. Begriff	977
	1. 205:111	///

	2. Voraussetzungen	977
	3. Darlehensanspruch des Beschäftigten	978
	4. "Arbeitsrechtliche Regelungen" des FPfZG	978
	5. Familienpflegezeit und Pflegezeit	978
§ 29	Bildungsurlaub	980
Ī	Rechtsgrundlagen	980
	Voraussetzungen	980
	Durchführung	984
	Teil G. Nebenpflichten im Arbeitsverhältnis	
-	Geheimnisschutz	985
	Grundlagen und Praxisrelevanz	985
II.	Schweigepflicht während des bestehenden Arbeitsverhältnisses	986
	1. Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	986
	2. Schutz vertraulicher Angaben und Mitteilungen	989
	3. Schutz aller betriebsbezogenen Tatsachen?	989
	4. Geheimhaltung des Gehalts und sonstiger Vertragsinhalte	990
	5. Einbeziehung von Drittunternehmen	990
	6. Rechtsfolgen bei Verstoß	990
III.	Nachvertragliche Schweigepflicht	
	1. Nachvertraglicher Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	993
	2. Abgrenzung zum nachvertraglichen Wettbewerbsverbot	
	3. Rechtsfolgen bei Verstoß	995
IV.	Geheimhaltung und Offenbarung betrieblicher Missstände; Whistleblowing	995
V.	Schweigepflicht besonderer Arbeitnehmergruppen	1000
VI.	Vertragsgestaltung  1. Arbeitsvertrag	1001
	1. Arbeitsvertrag	1001
	2. Aufhebungsvertrag	
VII.	Prozessuales	1003
0 2 1	Wettbewerbsverbot während des bestehenden Arbeitsverhältnisses	1005
	Grundlagen und Praxisrelevanz	
11.	Konkurrenzverbot nach § 60 HGB	
	1. Gegenständlicher Verbotsumfang	
	2. Zeitlicher Verbotsumfang	
	3. Einwilligung des Arbeitgebers und deren Widerruf	
	Vorbereitungshandlungen für späteren Wettbewerb	
	Wettbewerb während des laufenden Kündigungsschutzprozesses	
	Rechtsfolgen unerlaubten Wettbewerbs	
	Vertragsgestaltung	
VII.	Prozessuales	1014
8 2 2	Wettbewerbsverbot nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1016
	Grundlagen und Praxisrelevanz	
11.	Geltungsbereich der §§ 74 ff. HGB	
	1. Persönlicher Geltungsbereich	
	2. Zeitliche Maßgeblichkeit der §§ 74 ff. HGB	
	3. Gegenständlicher Geltungsbereich	
III	4. Räumlicher Geltungsbereich	
	Verbindlichkeit des Wettbewerbsverbots	
1 V.	1. Berechtigtes geschäftliches Interesse des Arbeitgebers	
	1. Detectingles geschatthenes interesse des Albeitgebers	1022

	2. Keine unbillige Fortkommenserschwer	
	3. Bedingungslose und ausreichende Entschädigungszusage	1024
	4. Kein bedingtes Wettbewerbsverbot	1026
V.	Indirekte Wettbewerbsverbote	1027
VI.	Inkrafttreten und Außerkrafttreten des Wettbewerbsverbots	
	1. Inkrafttreten	
	2. Außerkrafttreten	
VII.	Nachträgliche Beseitigung von Wettbewerbsverboten	1031
	1. Verzicht des Arbeitgebers	
	2. Einvernehmliche Aufhebung des Wettbewerbsverbots	
VIII.	Nachvertragliches Wettbewerbsverbot bei Kündigung des Arbeitsverhältnisses	1033
	1. Ordentliche Eigenkündigung des Arbeitnehmers	1033
	2. Fristlose Eigenkündigung des Arbeitnehmers	
	3. Fristlose Kündigung durch den Arbeitgeber	1034
13.7	4. Ordentliche Kündigung durch den Arbeitgeber	
IX.	Die Wettbewerbsabrede in der Durchführung	
	1. Ermittlung der Höhe der Karenzentschädigung	
	2. Anrechnung anderweitigen Erwerbs	1036
v	3. Auszahlung der Karenzentschädigung	1041
Λ.	1. Pflichtverstöße des Arbeitgebers und deren Rechtsfolgen	1041
	Pflichtverstöße des Arbeitgebers und deren Rechtsfolgen      Pflichtverstöße des Arbeitnehmers und deren Rechtsfolgen	1042
VI	Checkliste	
ΛΙ.	Checkliste	1048
§ 33	Loyalitäts- und Rücksichtnahmepflichten, Nebentätigkeitsbeschränkungen	1049
I.	Grundlagen und Praxisrelevanz	1049
II.	Loyalitäts- und Rücksichtnahmepflichten	1051
	1. Wahrung der betrieblichen Ordnung	1051
	Wahrung der betrieblichen Ordnung	1051 1055
	Loyalitäts- und Rücksichtnahmepflichten  1. Wahrung der betrieblichen Ordnung  2. Unternehmensförderung und Schutz des Unternehmens  3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen .	1059
	Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen.     Schmiergeldverbot	1059 1060
	Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen .     Schmiergeldverbot	1059 1060 1061
	Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen.     Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062
	Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen .     Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064
	Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen .     Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066
	Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen .     Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066
	3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen . 4. Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066 1066
	3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen . 4. Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066 1066 1067 1069
	3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen . 4. Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066 1067 1069 1070
	3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen . 4. Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066 1067 1069 1070
	3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen . 4. Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066 1067 1069 1070 1070 1071
	3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen . 4. Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066 1067 1069 1070 1070 1071
III.	3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen . 4. Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066 1067 1070 1070 1071 1072
III. § 34	3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen . 4. Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066 1067 1070 1070 1071 1072
III. § 34 I.	3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen . 4. Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066 1067 1070 1070 1071 1072 1073 1073
III. § 34 I.	3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen . 4. Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066 1067 1070 1070 1071 1072 1073 1073 1074
III. § 34 I.	3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen . 4. Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066 1067 1070 1070 1071 1072 1073 1073 1074 1074
III. § 34 I.	3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen . 4. Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066 1067 1070 1070 1071 1072 1073 1073 1074 1074
III. § 34 I.	3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen . 4. Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066 1067 1070 1070 1071 1072 1073 1074 1074 1079
III. \$ 34 I. II.	3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen . 4. Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066 1067 1070 1070 1071 1072 1073 1074 1074 1079 1080 1081
III. \$ 34 I. II.	3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen . 4. Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066 1067 1070 1071 1072 1073 1074 1079 1080 1081 1081
III. \$ 34 I. II.	3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen 4. Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066 1067 1070 1070 1071 1072 1073 1074 1074 1079 1080 1081 1081
III. \$ 34 I. II.	3. Kritik und unternehmensschädliche Meinungsäußerungen, Ehrverletzungen . 4. Schmiergeldverbot	1059 1060 1061 1062 1064 1066 1067 1070 1071 1072 1073 1073 1074 1079 1080 1081 1081 1081

IV.	Persönlichkeitsschutz, Persönlichkeitsrecht	1084
	1. Grundlagen	1084
	2. Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht	
	3. Rechtsfolgen bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen	1089
V.	Besondere Nebenpflichten	1090
	1. Beschäftigungspflicht	
	2. Gleichbehandlungspflicht	
	3. Diskriminierungsschutz	
	4. Wiedereinstellungspflicht	
VI	Informationspflichten – Aufklärungspflichten, Auskunftspflichten und Hinweis-	10,0
, 1.	pflichten	1096
	1. Bei Beginn des Arbeitsverhältnisses	1096
	2. Während des bestehenden Arbeitsverhältnisses	1097
	3. Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses	
	4. Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1099
	5. Rechtsfolgen bei Verstößen	
VII.	Sonstige Nebenpflichten von A bis Z	
	Compliance und Datenschutz	
I.	Einführung	
	1. Begriff und rechtliche Bedeutung	1106
	2. Pflichten der Unternehmensleitung	
	3. Bestandteile eines Compliance-Systems im Unternehmen	1110
II.	Arbeitsrechtliche Compliance	1111
	Arbeitsrechtliche Compliance	1111
	2. Arbeitsrechtliche Aspekte einer Compliance-Organisation	1112
III.	Einführung von Compliance-Richtlinien	1113
	Einführung von Compliance-Richtlinien	1113
	2. Arbeitsvertragliche Vereinbarungen	1115
	3. Tarifvertrag	
	4. Betriebsvereinbarung	
	5. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	
IV	Aufklärung von Regelverstößen und Individualarbeitsrecht	1123
1 **	1. Zielgerichtete Arbeitnehmerüberwachung	
	2. Eigene Nachforschungen, interne Ermittlungen (Investigations), Revisions-	1123
	wesen	1126
	3. Nachforschungen durch Einbindung weiterer Arbeitnehmer – Whistle-	1120
	blowing	1120
	4. Einsatz von Privatdetektiven	
	5. Videoüberwachung	
	6. Telefon-/Audioüberwachung	1146
	7. E-Mail-Überwachung und Überwachung im Internet	
	8. Rechtsfolgen unzulässiger Arbeitnehmerüberwachung	
	9. Sanktionen für mit der Überwachung beauftragte Arbeitnehmer	
	10. Innerbetriebliche Amnestieprogramme	
V.	Beschäftigtendatenschutz und Compliance	
	1. System des Beschäftigtendatenschutzes	1158
	2. Datenschutz bei Compliance-/Whistleblowing-Hotlines	1163
	3. Rechtsfolgen unerlaubter Datenverarbeitung	1164
VI.	Sanktionen bei Verletzungen von Compliance-Regelungen	
	1. Abmahnung	
	2. Besonderheiten bei Compliance-indizierten Kündigungen	
VII.	Besonderheiten für Compliance-Beauftragte	
	1. Aufgaben des Compliance-Beauftragten	
	2. Arbeitsrechtliche Stellung von Compliance-Beauftragten	1171

	3. Kündigung eines Compliance-Beauftragten	
	4. Haftungsrechtliche Stellung des Compliance-Beauftragten	
VIII.	Schlussbetrachtung	1174
	Teil H. Betriebliche Altersversorgung	
8 36	Grundlagen	1175
1.	Geltungsbereich des BetrAVG	11/6
	1. Sachlicher Geltungsbereich	
TT	Persönlicher Geltungsbereich Begründung betrieblicher Versorgungsansprüche	11/8
11.		
	1. Übersicht	
	2. Individualrechtliche Regelungen	
TTT	3. Kollektivrechtliche Regelungen	1100
111.	Versorgungszusage	
	1. Übersicht	
	2. Abgrenzung zu anderen Leistungen	118/
	3. Beitragsorientierte Leistungszusage	1189
13.7	4. Beitragszusage	
IV.	Aufbringung der Mittel	
	1. Arbeitgeberfinanzierte Zusagen	
	2. Entgeltumwandlungsvereinbarung	1191
	3. Anspruch auf Entgeltumwandlung nach § 1a BetrAVG	
	4. Mischsysteme	1193
3.7	5. Gesetzlicher Zuschussanspruch	1197
v.	Durchführungswege	1197
	1. Direktzusage	1197
	2. Unterstutzungskasse	1129
	Direktversicherung (Einzel-, Gruppenversicherung)     Pensionskasse	1200
	5. Pensionsfonds	
	7. Übersicht: Die abgabenrechtliche Behandlung von Beiträgen und Versor-	1203
	gungsleistungen in den einzelnen Durchführungswegen	1200
	8. Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile der einzelnen Durchführungs-	1200
	wege	1200
	wege	1209
8 37	Ausgestaltung der Versorgungszusage	1211
1.	Inhaltliche Ausgestaltung	1212
	1. Allgemeine Grenzen der Vertragsfreiheit	
	2. Inhaltskontrolle	
	3. Begünstigter Personenkreis	
	4. Durchführungsweg	
	5. Beitragszahlung, Finanzierung	1218
	7. Versorgungsleistung	
	8. Leistungsfälle	1224
	9. Höhe der Versorgungsleistung	1227
	10. Vorgezogenes Altersruhegeld	122/
	11. Aufschub der Versorgungsleistung	
	13. Versorgungsausgleich – Neuregelung zum 1.9.2009	
	14. Sonstige Regelungen	
	15. Leistungsvorbehalte	
	13. Leistungsvoldenane	1434

	16. Änderungsvorbehalt bei Gesamtzusagen und vertraglichen Einheitsrege-	
	lungen	1235
	17. Kündigung von Betriebsvereinbarungen	1235
II.	Mitbestimmung bei der Einführung einer Versorgungsregelung	
	1. Allgemeine Grundsätze	1236
	2. Mitbestimmung nach § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	1236
	3. Mitbestimmung nach § 87 Abs. 1 Nr. 8 BetrVG	
	4. Zuständigkeit	
	5. Rechtfolgen eines Verstoßes gegen das Mitbestimmungsrecht	1239
§ 38	Ansprüche nach dem Betriebsrentengesetz	1240
I.	Auskunftsansprüche	1242
	1. Auskunft über die Höhe der Altersleistung	1242
	2. Auskünfte zum Übertragungswert	1243
	3. Auskünfte externer Versorgungsträger über Beitragsrückstände	1243
II.	Planmäßige Versorgungsleistungen	
	1. Eintritt des Versorgungsfalls	1244
	2. Zusammentreffen mehrerer Versorgungszusagen	1244
III.	Ansprüche bei vorzeitigem Ausscheiden	1245
	1. Gesetzliche Unverfallbarkeit	
	2. Beginn der Unverfallbarkeitsfrist	
	3. Fortbestand der Zusage bei Änderung und Übernahme durch eine andere	
	Person	1246
	4. Unterbrechungen der Betriebszugehörigkeit	1247
	5. Vertragliche Unverfallbarkeit	1247
	6. Erfasste Anwartschaften	1247
IV.	Höhe der unverfallbaren Anwartschaft	1248
	1. Ratierliche Berechnung der Anwartschaft	1248
	2. Festschreibung der Berechnungsgrundlagen; Benachteiligungsverbot	1249
	3. Berechnung der hypothetischen Versorgungsleistung	1249
	4. Erreichte Betriebszugehörigkeit	
	5. Erreichbare Betriebszugehörigkeit	
	6. Einheitliche Altersgrenzen für Männer und Frauen	1251
	7. Berechnung der unverfallbaren Anwartschaft bei Ablösung	1252
	8. Rundungen	1252
	9. Begrenzung von Invaliditäts- und Todesfallleistungen	
	10. Versicherungsrechtliche Lösung	1253
	11. Entgeltumwandlung und beitragsorientierte Leistungszusage	
	12. Beitragszusage mit Mindestleistung	
	13. Auskunftsanspruch bei Ausscheiden	
V.	Abfindung von Versorgungsanwartschaften	1255
	1. Abfindungsverbot nach § 3 BetrAVG	
	2. Ausnahmen von dem Abfindungsverbot	1256
	3. Höhe der Abfindung	1257
	4. Rechtsfolgen bei Verstoß	1257
VI.	Anrechnungs- und Auszehrungsverbot	
	1. Anrechnungsverbot	
<b>3</b> 777	2. Auszehrungsverbot	1259
VII.	Anspruch auf vorzeitige Altersleistung	
	1. Gesetzliche Rentenversicherung	1259
	2. Voraussetzungen für den Bezug einer vorzeitigen Betriebsrente	
	3. Höhe der Versorgungsleistung	1261
<b>17777</b>	4. Berechnung bei vorzeitigem Ausscheiden	1262
VIII.	Anpassung laufender Versorgungsleistungen	1263
	1. Anpassungsprüfungspflicht, Befreiungsmöglichkeiten	1263

	2. Anpassungszeitraum und Prüfungstermin	
	3. Anpassungskriterien	1265
	4. Wirtschaftliche Lage des Arbeitgebers	1266
	5. Mitbestimmung des Betriebsrats	
	6. Folgen einer unterbliebenen Anpassung	1269
IX.	Ansprüche bei Insolvenz des Arbeitgebers	1271
	1. Übersicht	1271
	2. Sicherungsfälle	1272
	3. Gesicherter Personenkreis	1274
	4. Leistungsverpflichtungen des PSVaG	
	5. Rechtsstreitigkeiten	
X.	Verjährung	1278
	,	
§ 39	Wechsel des Versorgungsschuldners und Haftung von Gesellschaftern	1280
I.	Rechtsgeschäftliche Übernahme	1280
	1. Schuldbeitritt, Erfüllungsübernahme	
	2. Befreiende Schuldübernahme	
II.	Sonstiger Wechsel des Versorgungsschuldners	
	1. Betriebsübergang nach § 613a BGB	1283
	2. Gesamtrechtsnachfolge	1287
	3. Übertragung eines einzelkaufmännischen Unternehmens	
III.	Haftung von Gesellschaftern einer Personengesellschaft	
	1. Haftung von Gesellschaftern während des Bestehens der Gesellschaft	1289
	2 Haftung ausgeschiedener Gesellschafter	1290
	Haftung ausgeschiedener Gesellschafter     Haftung bei Auflösung der Gesellschaft	1290
	4. Wechsel in Kommanditistenstellung	1290
	DIE FACHBUCHHANDLU	17/0
	DILIACIDUCITIANDLU	NC
§ 40	Kündigung, Änderung und Widerruf von Versorgungszusagen	1292
I.	Übersicht	1293
	1. Gründe für eine Kündigung, Änderung oder einen Widerruf	
		1293
	2. Gestaltungsmöglichkeiten	1293
II.	2. Gestaltungsmöglichkeiten	$\begin{array}{c} 1293 \\ 1293 \end{array}$
II.	2. Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1293 1294
II.	Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1293 1294 1294
II.	Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1293 1294 1294 1294
	Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1293 1294 1294 1294 1295
	Cestaltungsmöglichkeiten	1293 1294 1294 1294 1295 1296
	Cestaltungsmöglichkeiten	1293 1294 1294 1294 1295 1296 1296
	2. Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1294 1294 1294 1295 1296 1296 1296
III.	2. Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1294 1294 1294 1295 1296 1296 1296 1296
III.	2. Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1294 1294 1294 1295 1296 1296 1296 1298
III.	2. Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1294 1294 1294 1295 1296 1296 1296 1298 1298
III.	2. Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1293 1294 1294 1295 1296 1296 1296 1298 1298 1299
III.	2. Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1294 1294 1294 1295 1296 1296 1296 1298 1298 1299 1302
III.	2. Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1294 1294 1294 1295 1296 1296 1296 1298 1298 1299 1302 1302
III.	2. Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1294 1294 1294 1295 1296 1296 1296 1298 1298 1299 1302 1302
III. IV. V.	2. Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1293 1294 1294 1295 1296 1296 1296 1298 1298 1302 1302 1303 1307
III. IV. V.	2. Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1293 1294 1294 1295 1296 1296 1296 1298 1298 1302 1302 1303 1307 1309
III. IV. V.	2. Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1293 1294 1294 1295 1296 1296 1296 1298 1298 1302 1302 1303 1307 1309
III. IV. V.	2. Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1293 1294 1294 1295 1296 1296 1296 1298 1298 1302 1303 1307 1309 1309
III. IV. V.	2. Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1293 1294 1294 1295 1296 1296 1296 1298 1298 1302 1303 1307 1309 1309 1310
III. IV. V.	2. Gestaltungsmöglichkeiten	1293 1293 1294 1294 1295 1296 1296 1296 1298 1298 1302 1303 1307 1309 1310 1310

	Teil I. Beendigung des Arbeitsverhältnisses	
§ 41	Befristung	1313
I.	Einleitung	1314
	1. Rechtliche Situation	
	2. Betroffene Arbeitnehmer	
	3. Vertragliche Regelung	
	4. Kalendermäßige Befristung/Zeitbefristung, Zweckbefristung, Arbeitsver-	
	hältnis für die Lebenszeit	1317
	5. Beurteilungszeitpunkt	1320
II.	Befristung ohne sachlichen Grund	
	1. § 14 Abs. 2 TzBfG	1321
	2. § 14 Abs. 2a TzBfG	1326
	3. § 14 Abs. 3 TzBfG	
	4. Abweichende tarifvertragliche Regelungen, § 14 Abs. 2 S. 3 und S. 4 TzBfG	
III.	Befristung mit sachlichem Grund	1330
	1. Gesetzlich geregelte Gründe, § 14 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 bis 8 TzBfG	1330
	2. Sonstige sachliche Gründe iSv § 14 Abs. 1 S. 1 TzBfG	
	3. Abweichende tarifvertragliche Regelungen	
	4. (Rechts-)Missbrauchskontrolle	1358
	<ul><li>5. Befristung einzelner Vertragsbedingungen</li><li>6. Auflösende Bedingung</li></ul>	1360
	6. Auflösende Bedingung	1362
IV.	Rechtsfolge bei wirksamer/unwirksamer Befristung (§ 16 TzBfG)	1365
	1. Rechtsfolge bei rechtsunwirksamer Befristung	1365
	2. Rechtsfolge bei rechtswirksamer Befristung	1366
	3. Kein Anspruch auf Wiedereinstellung	1367
	4. Unzulässiges Berufen auf die Befristung	1368
V.	Kündigungsmöglichkeit während der Befristung	1368
VI.	Beteiligungsrechte des Betriebs- und des Personalrats	1369
VII.	Prozessuales	
	1. Befristungs- und Bedingungskontrollklage	
<b>.</b> 7111	2. Darlegungs- und Beweislast	13/6
VIII.	Befristung von Arbeitsverträgen nach anderen gesetzlichen Vorschriften	13/6
	1. Befristung von Arbeitsverträgen nach § 21 BEEG	
	2. Befristung von Arbeitsverträgen nach dem WissZeitVG	
	Befristung von Arbeitsverträgen nach dem ÄArbVtrG     Befristung von Arbeitsverträgen mit Leiharbeitnehmern	
	4. Denistung von Arbeitsvertragen mit Lemarbeitnermern	136/
\$ 42	Kündigungserklärung	1388
	Begriffsbestimmung	
1.	1. Willenserklärung	
	2. Einseitigkeit	
	3. Rechtsgestaltende Wirkung	
	4. Bedingungsfeindlichkeit	
П	Form	
	Vertretung	
111.	1. Allgemeines	
	Abgabe der Kündigungserklärung	
	3. Empfang der Kündigungserklärung	1399
	4. Kündigung während des Prozesses	1399
IV.	Ort und Zeit	
	Zugang	
•	1. Allgemeines	
	2. Einschreiben	
	3. Zugangsvereitelung	

VI.	Anfechtung	1406
	Rücknahme	
VIII.	Widerruf	1407
	0.1.11.1.771.11	4.400
	Ordentliche Kündigung	
I.	Einleitung	1410
II.	Kündigungsfristen	1410
	1. Grundregel § 622 BGB	
	2. Einzelvertragliche Kürzung von Kündigungsfristen	
	3. Einzelvertragliche Verlängerung von Kündigungsfristen	1415
	4. Tarifvertragliche Regelungen	1417
	5. Berechnung der Kündigungsfristen	1418
III.	Kündigungsrecht und -frist in der Insolvenz (§ 113 InsO)	
	1. Einleitung	
	2. Besonderes Kündigungsrecht	
	3. Kündigungsfrist	
** *	4. Schadensersatz	1422
IV.	Kündigungsschutz außerhalb des Kündigungsschutzgesetzes und vertragliche	4 400
	Kündigungsbeschränkungen	
	1. Einleitung	1422
	2. Allgemeine privatrechtliche Kündigungsschranken	1423
	Kündigungsschutz im Kleinbetrieb	1428
17	Kündigungsschutz nach dem Kündigungsschutzgesetz	
٧.	1 Allgamainas	1429
	1. Allgemeines	1430
	3. Voraussetzungen des Kündigungsschutzes nach KSchG	1431
VI.	Allgemeine Grundsätze der Sozialwidrigkeit einer Kündigung	1444
, 2,	Allgemeine Grundsätze der Sozialwidrigkeit einer Kündigung	1444
	Grundprinzipien des Kündigungsschutzes	1444
	3. Mitteilung von Kündigungsgründen	
	4. Beurteilungszeitpunkt	
	5. Nachschieben von Kündigungsgründen	
	6. Wiedereinstellungsanspruch	
	7. Verzeihung, Verzicht, Verwirkung und Verbrauch	1452
VII.	Der Kündigungsgrund	1453
	1. Einteilung der Kündigungsgründe	1453
	2. Mehrere Kündigungssachverhalte	
	3. Mischtatbestände	1454
	4. Beweislast	
VIII.	Die Betriebsbedingte Kündigung	
	1. Allgemeines	1455
	2. Die unternehmerische Entscheidung	1455
	3. Dringlichkeit des betrieblichen Erfordernisses	1462
	4. Sozialauswahl	1473
	5. Besonderheiten bei Interessenausgleich	
13.7	6. Einzelne betriebsbedingte Gründe (alphabetisch)	
IX.	Verhaltensbedingte Kündigung	
	1. Allgemeines	1515
	2. Tatbestandsvoraussetzungen	151/
	3. Darlegungs- und Beweislast	
v	4. Fallgruppen	1559
Λ.	1. Begriff	
	Abgrenzung zur verhaltensbedingten Kündigung	
	- Hogienzang dar vernancingbeamgten Rullulgung	100/

	3. Prüfungskriterien	1559
	4. Einzelfälle	
XI.	Checklisten	
§ 44	Außerordentliche Kündigung	1581
	Einleitung	
II.	Wichtiger Grund	1585
11.	1. Begriff	
	2. Einzelfälle	
	3. Beurteilungszeitpunkt	
	4. Nachschieben von Kündigungsgründen	
	5. Anhörung des Betriebsrats	1607
	6. Schadenersatzanspruch des Kündigenden	1609
Ш	Sonderkündigungsbereiche	
111.	1. Gesetzliche Unkündbarkeit	1610
	Vertraglich und tariflich unkündbares Arbeitsverhältnis	
	3. Verdachtskündigung	
	4. Druckkündigung	1623
IV.	Ausschlussfrist	
	1. Grundsätze	
	2. Sonderfälle	
	3. Nachschieben von Kündigungsgründen	
	4. Zugang der Kündigung	1629
V.	Schriftformerfordernis für Kündigungen	1630
VI.	Klagerecht und Klagefrist	1631
	Klagerecht und Klagefrist	1631
	2. Arbeitgeber	1632
VII.	Umdeutung	1632
	1. Arbeitgeberkündigung	1632
	2. Arbeitnehmerkündigung	1636
VIII.	Außerordentliche Änderungskündigung	1637
	1. Nachprüfung der Wirksamkeit	1637
	2. Annahme unter Vorbehalt	
	3. Anrufung des Arbeitsgerichts	1638
§ 45	Sonderkündigungsschutz	1640
I.	Beratungscheckliste: Sonderkündigungsschutz	1642
	Schwangere und Mütter	
	1. Voraussetzungen des Kündigungsschutzes	1644
	2. Gegenstand und Rechtsfolgen des Kündigungsschutzes	1652
	3. Behördliche Zulassung der Kündigung gem.§ 17 Abs. 2 S. 1 MuSchG	1656
	4. Form und Begründung der Kündigung gem.§ 17 Abs. 2 S. 2 MuSchG	1660
	5. Geltendmachung im Kündigungsschutzprozess	
	6. Das Verhältnis zum Sonderkündigungschutz in der Elternzeit und bei	
	Schwerbehinderten sowie zur Betriebsrats- bzw. Personalratsanhörung	1662
III.	Elternzeit – Berechtigte	1663
	1. Voraussetzungen des Kündigungsschutzes	1663
	2. Gegenstand und Rechtsfolgen des Kündigungsschutzes	1667
	3. Behördliche Zulassung der Kündigung gem.§ 18 Abs. 1 S. 4–6 BEEG	1668
	4. Geltendmachung im Kündigungsschutzprozess	1671
	5. Das Verhältnis zum Sonderkündigungsschutz nach § 17 MuSchG und bei	
	Schwerbehinderten sowie zur Betriebsrats- bzw. Personalratsanhörung	
IV.	Pflegezeit-Berechtigte	
	1 Voraussetzungen des Kündigungsschutzes	1673

	2. Gegenstand und Rechtsfolgen des Kündigungsschutzes	1677
	3. Behördliche Zulassung der Kündigung gem.§ 5 Abs. 2 PflegeZG	
	4. Geltendmachung im Kündigungsschutzprozess	
V.	Familienpflegezeit-Berechtigte	1678
	1. Voraussetzungen des Kündigungsschutzes	1678
	2. Gegenstand und Rechtsfolgen des Kündigungsschutzes	1681
	3. Behördliche Zulassung der Kündigung gem. § 2 Abs. 3 FPfZG iVm § 5	
	Abs. 2 PflegeZG	1681
	4. Geltendmachung im Kündigungsschutzprozess	1681
VI.	Schwerbehinderte Menschen	1681
	1. Geltungsbereich des Kündigungsschutzes	1682
	2. Ausnahmen vom Kündigungsschutz des § 168 SGB IX	1683
	3. Die Zustimmung des Integrationsamts	1687
	4. Anhörung der Schwerbehindertenvertretung	
	5. Rechtsschutz gegen eine Kündigung	
VII.	Betriebsvertretung und weitere Amtsinhaber	
	1. Geltungsbereich des Schutzes der Betriebsvertretung nach § 15 KSchG	
	2. Zulässigkeit der außerordentlichen Kündigung	
	3. Zulässigkeit der ordentlichen Kündigung	
	4. Amtsinhaber außerhalb von § 15 KSchG	1715
VIII.	Wehrdienstleistende	
	1. Geltungsbereich des Arbeitsplatzschutzgesetzes	1717
	2. Umfang des Kündigungsschutzes	1718
IX.	Beauftragte des Arbeitgebers	1718
	1. Datenschutzbeauftragter	1718
	2. Beauftragter für den Immissionsschutz	1719
	3. Störfallbeauftragter, Betriebsbeauftragter für den Abfall und für den Gewässerschutz	
	Gewässerschutz	1720
	Gewässerschutz	1720 1720
	4. Strahlenschutzbeauftragter	1720 1720
	4. Strahlenschutzbeauftragter	1720 1720
	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter	1720 1720 1721
§ 46	4. Strahlenschutzbeauftragter	1720 1720 1721
	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter	1720 1720 1721 1722
	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung	1720 1720 1721 1722 1723
	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung	1720 1720 1721 1722 1723 1728
I.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung  1. Vorrang der Änderungskündigung	1720 1720 1721 1722 1723 1728 1730
I.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung  1. Vorrang der Änderungskündigung  2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen	1720 1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732
I.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung  1. Vorrang der Änderungskündigung  2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen  Begriff der Änderungskündigung	1720 1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732 1733
I.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung 1. Vorrang der Änderungskündigung 2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen Begriff der Änderungskündigung 1. Zusammenhang zwischen Kündigung und Änderungsangebot 2. Die Teilkündigung 3. Unbedingte oder bedingte Kündigung	1720 1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732 1733 1735 1736
I.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung 1. Vorrang der Änderungskündigung 2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen Begriff der Änderungskündigung 1. Zusammenhang zwischen Kündigung und Änderungsangebot 2. Die Teilkündigung 3. Unbedingte oder bedingte Kündigung	1720 1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732 1733 1735 1736
I. II.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung 1. Vorrang der Änderungskündigung 2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen Begriff der Änderungskündigung 1. Zusammenhang zwischen Kündigung und Änderungsangebot 2. Die Teilkündigung 3. Unbedingte oder bedingte Kündigung 4. Wechselbeziehung zwischen Kündigung und Änderungsangebot	1720 1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732 1733 1735 1736 1738
I. II.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung 1. Vorrang der Änderungskündigung 2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen Begriff der Änderungskündigung 1. Zusammenhang zwischen Kündigung und Änderungsangebot 2. Die Teilkündigung 3. Unbedingte oder bedingte Kündigung	1720 1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732 1733 1735 1736 1738 1739
I. II.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung  1. Vorrang der Änderungskündigung  2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen  Begriff der Änderungskündigung  1. Zusammenhang zwischen Kündigung und Änderungsangebot  2. Die Teilkündigung  3. Unbedingte oder bedingte Kündigung  4. Wechselbeziehung zwischen Kündigung und Änderungsangebot  Form und sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen der Änderungskündigung  1. Form der Änderungskündigung	1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732 1733 1735 1736 1738 1739 1741
I. II.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung  1. Vorrang der Änderungskündigung  2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen  Begriff der Änderungskündigung  1. Zusammenhang zwischen Kündigung und Änderungsangebot  2. Die Teilkündigung  3. Unbedingte oder bedingte Kündigung  4. Wechselbeziehung zwischen Kündigung und Änderungsangebot  Form und sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen der Änderungskündigung  1. Form der Änderungskündigung  2. Einhaltung der Kündigungsfrist	1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732 1733 1735 1736 1738 1739 1741 1743
I. II. III.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung  1. Vorrang der Änderungskündigung  2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen  Begriff der Änderungskündigung  1. Zusammenhang zwischen Kündigung und Änderungsangebot  2. Die Teilkündigung  3. Unbedingte oder bedingte Kündigung  4. Wechselbeziehung zwischen Kündigung und Änderungsangebot  Form und sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen der Änderungskündigung  1. Form der Änderungskündigung	1720 1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732 1733 1735 1736 1738 1739 1741 1743 1747
I. II. III.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung 1. Vorrang der Änderungskündigung 2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen Begriff der Änderungskündigung 1. Zusammenhang zwischen Kündigung und Änderungsangebot 2. Die Teilkündigung 3. Unbedingte oder bedingte Kündigung 4. Wechselbeziehung zwischen Kündigung und Änderungsangebot Form und sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen der Änderungskündigung 1. Form der Änderungskündigung 2. Einhaltung der Kündigungsfrist 3. Sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen Das Vertragsänderungsangebot 1. Bestimmtheit des Vertragsänderungsangebots	1720 1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732 1733 1735 1736 1738 1741 1743 1747 1754
I. II. III.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung 1. Vorrang der Änderungskündigung 2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen Begriff der Änderungskündigung 1. Zusammenhang zwischen Kündigung und Änderungsangebot 2. Die Teilkündigung 3. Unbedingte oder bedingte Kündigung 4. Wechselbeziehung zwischen Kündigung und Änderungsangebot Form und sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen der Änderungskündigung 1. Form der Änderungskündigung 2. Einhaltung der Kündigungsfrist 3. Sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen Das Vertragsänderungsangebot 1. Bestimmtheit des Vertragsänderungsangebots	1720 1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732 1733 1735 1736 1738 1741 1743 1747 1754
I. II. III.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung 1. Vorrang der Änderungskündigung 2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen Begriff der Änderungskündigung 1. Zusammenhang zwischen Kündigung und Änderungsangebot 2. Die Teilkündigung 3. Unbedingte oder bedingte Kündigung 4. Wechselbeziehung zwischen Kündigung und Änderungsangebot Form und sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen der Änderungskündigung 1. Form der Änderungskündigung 2. Einhaltung der Kündigungsfrist 3. Sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen Das Vertragsänderungsangebot 1. Bestimmtheit des Vertragsänderungsangebots 2. Vorbehaltlose Annahme	1720 1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732 1733 1735 1736 1738 1741 1743 1747 1754 1755 1757
I. II. III.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung 1. Vorrang der Änderungskündigung 2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen Begriff der Änderungskündigung 1. Zusammenhang zwischen Kündigung und Änderungsangebot 2. Die Teilkündigung 3. Unbedingte oder bedingte Kündigung 4. Wechselbeziehung zwischen Kündigung und Änderungsangebot Form und sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen der Änderungskündigung 1. Form der Änderungskündigung 2. Einhaltung der Kündigungsfrist 3. Sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen Das Vertragsänderungsangebot 1. Bestimmtheit des Vertragsänderungsangebots 2. Vorbehaltlose Annahme 3. Ablehnung des Änderungsangebots	1720 1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732 1733 1735 1736 1738 1741 1743 1747 1754 1755 1760
I. III. IV.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung 1. Vorrang der Änderungskündigung 2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen Begriff der Änderungskündigung 1. Zusammenhang zwischen Kündigung und Änderungsangebot 2. Die Teilkündigung 3. Unbedingte oder bedingte Kündigung 4. Wechselbeziehung zwischen Kündigung und Änderungsangebot Form und sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen der Änderungskündigung 1. Form der Änderungskündigung 2. Einhaltung der Kündigungsfrist 3. Sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen Das Vertragsänderungsangebot 1. Bestimmtheit des Vertragsänderungsangebots 2. Vorbehaltlose Annahme 3. Ablehnung des Änderungsangebots unter Vorbehalt	1720 1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732 1733 1735 1736 1741 1743 1747 1754 1755 1760 1763
I. III. IV.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung 1. Vorrang der Änderungskündigung 2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen Begriff der Änderungskündigung 1. Zusammenhang zwischen Kündigung und Änderungsangebot 2. Die Teilkündigung 3. Unbedingte oder bedingte Kündigung 4. Wechselbeziehung zwischen Kündigung und Änderungsangebot Form und sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen der Änderungskündigung 1. Form der Änderungskündigung 2. Einhaltung der Kündigungsfrist 3. Sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen Das Vertragsänderungsangebot 1. Bestimmtheit des Vertragsänderungsangebots 2. Vorbehaltlose Annahme 3. Ablehnung des Änderungsangebots unter Vorbehalt Der Streitgegenstand der Änderungsschutzklage	1720 1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732 1733 1735 1736 1741 1743 1747 1754 1755 1760 1763 1774
I. III. IV.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung 1. Vorrang der Änderungskündigung 2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen Begriff der Änderungskündigung 1. Zusammenhang zwischen Kündigung und Änderungsangebot 2. Die Teilkündigung 3. Unbedingte oder bedingte Kündigung 4. Wechselbeziehung zwischen Kündigung und Änderungsangebot Form und sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen der Änderungskündigung 1. Form der Änderungskündigung 2. Einhaltung der Kündigungsfrist 3. Sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen Das Vertragsänderungsangebot 1. Bestimmtheit des Vertragsänderungsangebots 2. Vorbehaltlose Annahme 3. Ablehnung des Änderungsangebots unter Vorbehalt Der Streitgegenstand der Änderungsschutzklage 1. Der Klageantrag der Änderungsschutzklage	1720 1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732 1733 1735 1736 1738 1741 1743 1747 1754 1755 1760 1763 1774
I. III. IV. V.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung  Einführung 1. Vorrang der Änderungskündigung 2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen Begriff der Änderungskündigung 1. Zusammenhang zwischen Kündigung und Änderungsangebot 2. Die Teilkündigung 3. Unbedingte oder bedingte Kündigung 4. Wechselbeziehung zwischen Kündigung und Änderungsangebot Form und sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen der Änderungskündigung 1. Form der Änderungskündigung 2. Einhaltung der Kündigungsfrist 3. Sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen Das Vertragsänderungsangebot 1. Bestimmtheit des Vertragsänderungsangebots 2. Vorbehaltlose Annahme 3. Ablehnung des Änderungsangebots unter Vorbehalt Der Streitgegenstand der Änderungsschutzklage	1720 1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732 1733 1735 1736 1738 1741 1743 1747 1754 1755 1760 1763 1774 1776
I. III. IV. V.	4. Strahlenschutzbeauftragter 5. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit 6. Sicherheitsbeauftragter und Gefahrgutbeauftragter  Änderungskündigung Einführung 1. Vorrang der Änderungskündigung 2. Schranken einseitiger Leistungsbestimmungen Begriff der Änderungskündigung 1. Zusammenhang zwischen Kündigung und Änderungsangebot 2. Die Teilkündigung 3. Unbedingte oder bedingte Kündigung 4. Wechselbeziehung zwischen Kündigung und Änderungsangebot Form und sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen der Änderungskündigung 1. Form der Änderungskündigung 2. Einhaltung der Kündigungsfrist 3. Sonstige Wirksamkeitsvoraussetzungen Das Vertragsänderungsangebot 1. Bestimmtheit des Vertragsänderungsangebots 2. Vorbehaltlose Annahme 3. Ablehnung des Änderungsangebots 4. Die Annahme des Änderungsangebots unter Vorbehalt Der Streitgegenstand der Änderungsschutzklage 1. Der Klageantrag der Änderungsschutzklage 2. Die Bedeutung der Klagefrist bei unwirksamem Änderungsangebot	1720 1720 1721 1722 1723 1728 1730 1732 1733 1735 1736 1738 1741 1743 1747 1754 1755 1760 1763 1774 1776 1778 1780

	2. Die überflüssige Änderungskündigung	1783
	3. Änderungskündigung zur Anpassung von Nebenabreden	
VII.	Die soziale Rechtfertigung einer Änderungskündigung	
	1. Insolvenzrechtliche Besonderheiten	
	2. Betriebsbedingte Gründe	1791
	3. Besonderheiten der Sozialauswahl	1802
	4. Personen- und verhaltensbedingte Gründe	1814
	5. Die Darlegungs- und Beweislast	1815
VIII.	Die Beteiligung des Betriebsrats	1818
	1. Die Anhörung des Betriebsrats nach § 102 BetrVG	
	2. Die Beteiligung des Betriebsrats bei Versetzungen und Umgruppierungen	
	3. Die Mitbestimmung nach § 87 BetrVG	
IX.	Die Wiederherstellung der früheren Arbeitsbedingungen	1824
e 47	D. (T 1 - D. (*1 1 *17" - 1"	1027
	Beteiligung des Betriebsrats bei Kündigungen	
I.	Einleitung	1827
II.	Voraussetzungen für die Beteiligung des Betriebsrats	
	1. Bestehen eines Betriebsrats	1828
	2. Funktionsfähigkeit des Betriebsrats	1830
	3. Zuständigkeit des Betriebsrats	
	4. Kündigung des Arbeitgebers	
	5. Arbeitnehmereigenschaft des Kündigungsempfängers	
III.	Unterrichtung des Betriebsrats	1835
	1. Zeitpunkt der Unterrichtung	1835
	Form der Unterrichtung     Inhalt der Unterrichtung	1836
	3. Inhalt der Unterrichtung	1837
	4. Erweiterung des Mitbestimmungsrechts Reaktion des Betriebsrats 1. Grundlagen	1848
IV.	Reaktion des Betriebsrats	1849
	1. Grundlagen	1849
	2. Zustimmung	1850
	3. Absehen von einer sachlichen Stellungnahme	
	4. Bedenken	
	5. Widerspruch	
	6. Anhörung des Arbeitnehmers	1855
٧.	Rechtsfolgen unterlassener und fehlerhafter Anhörung des Betriebsrats	1855
VI.	Prozessuales	
	1. Geltendmachung unterlassener oder fehlerhafter Anhörung im Prozess	
	2. Darlegungs- und Beweislast	1856
	3. Nachschieben von Kündigungsgründen	
VII.	Beteiligungsrechte anderer Arbeitnehmervertretungen bei Kündigungen	1858
	1. Kirchliche Mitarbeitervertretungen	
	2. Öffentlicher Dienst	1860
8 4 8	Der Kündigungsschutzprozess	1862
1.	Anrufung des Arbeitsgerichts	1070
	Ordnungsgemäße Klageerhebung	
	2. Die Parteien des Kündigungsschutzprozesses	1706
	3. Anwendungsbereich und Klageerhebungsfrist des § 4 KSchG	1716
	4. Streitgegenstand und Rechtskraftwirkung	1943
ŢΤ	5. Das Feststellungsinteresse	
11.	Die Zulassung verspäteter Klagen	
	1. Allgemeine Vorbemerkungen	
	2. Der Gegenstand des Verfahrens nach § 5 KSchG	
	3. Voraussetzungen der nachträglichen Klagezulassung	1737

	4. Das Verfahren auf nachträgliche Klagezulassung	
	5. Verfahrensfragen	
111 1	6. Rechtsmittel	1969
111.		
	1. Einführung	
	2. Normzweck	19/1
	3. Die direkte Anwendung des § 6 S. 1 KSchG	
	4. Die entsprechende Anwendung des § 6 S. 1 KSchG	19/4
13.7.3	5. Die Hinweispflicht des Arbeitsgerichts	19//
1V. Y	Wirksamwerden der Kündigung	19/9
	1. Reichweite des § 7 KSchG	19/9
	2. Weitere Rechtsfolgen der Fiktion	1980
** 1	3. Wirksamwerden der Änderungskündigung	
V. I	Die Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Urteil	1982
	1. Verfahrensrechtliche Voraussetzungen des Auflösungsurteils	1988
	2. Der Auflösungsantrag des Arbeitnehmers	
	3. Der Auflösungsantrag des Arbeitgebers	
	4. Der von beiden Parteien gestellte Auflösungsantrag	2008
	5. Die Abfindung nach § 10 KSchG	2009
VI. I	Das Wahlrecht des Arbeitnehmers nach § 12 KSchG	
	1. Normzweck	
	2. Voraussetzungen des Wahlrechts	
	3. Die Nichtfortsetzungserklärung	2025
	4. Fortsetzung des bisherigen Arbeitsverhältnisses	2027
	5. Vergütungsfragen	2027
	Deen Shopid	
§ 49 <i>I</i>	Aufhebungsverträge  Zulässigkeit  1. Grundsatz der Vertragsfreiheit	2029
I. 7	Zulässigkeit	2030
	1. Grundsatz der Vertragsfreiheit	2030
	2. Vorteile	2031
	3. Abgrenzung zum Abwicklungsvertrag	2033
	4. Abgrenzung zum Kündigungsbestätigungsvertrag	2040
II. A	Abschluss	2040
	1. Form	2040
	2. Zustandekommen	2043
	3. Darlegungs- und Beweislast	
III. I	Hinweis- und Aufklärungspflichten des Arbeitgebers	
	1. Informationsgefälle zwischen den Arbeitsvertragsparteien	
	2. Beendigungsinitiative auf Seiten des Arbeitnehmers	2052
	3. Beendigungsinitiative auf Seiten des Arbeitgebers	2053
	4. Sachkundige Vertretung/Gerichtlicher Aufhebungsvertrag	2055
	5. Inhalt/Umfang der Aufklärungspflicht	2055
	6. Folgen	
	7. Abdingbarkeit	
IV. I	Einfluss des Kündigungsschutzes	
	1. Kündigungsfristen/Kündigungstermine	
	Allgemeiner Kündigungsschutz	
	3. Besonderer Kündigungsschutz	2057
	4. Anzeigepflichtige Entlassungen	
VI	Betriebsänderungen (§§ 111 ff. BetrVG)	2059
	nhalt des Aufhebungsvertrags	
v 1. 1	1. Einfacher/ausführlicher Aufhebungsvertrag	
	2. Mindestinhalt	
	3. Regelungsmaterien des Aufhebungsvertrags	2060
* ***	o. regerangematerien des rumebungsvertrags	2000
VII	Auslegung	2095

VIII.	Gesetzliche Grenzen	2096
	1. Nichtigkeit nach § 104 Nr. 2, § 105 BGB	2096
	2. Nichtigkeit nach § 134 BGB	2096
	3. Nichtigkeit nach § 138 BGB	
	4. Unwirksamkeit nach § 242 BGB	
	5. AGB-Kontrolle nach §§ 305 ff. BGB	
	6. Benachteiligungsverbot nach § 7 AGG	
	7. Verbot der Ungleichbehandlung	
IX.	Beseitigung von Aufhebungsverträgen	2099
	1. Anfechtung	2099
	2. Rücktritts-/Widerrufsrecht	2105
	Prozessuale Folgen	
XI.	Rechtsfolgen	2110
	1. Arbeitsrechtliche Folgen	2110
	2. Sozialrechtliche Folgen	2110
s 50	Appairmellishting Entlanguage	2117
	Anzeigepflichtige Entlassungen	
I.	Einleitung	2116
11.	Voraussetzungen der Anzeigepflicht	2117
	1. Betrieb	211/
	2. In der Regel beschäftigte Arbeitnehmer	
	3. Entlassungen	2121
TTT	4. 30-Tage-Zeitraum und Schwellenwerte Beteiligung des Betriebsrats	2124
1111.	Auskunfts- und Unterrichtungspflicht	2123
	2. Beratungspflicht	2123
	3. Beteiligung bei leitenden Angestellten	2127
	4. Rechtsfolgen mangelnder Reteiligung	2128
	4. Rechtsfolgen mangelnder Beteiligung	2128
IV	Anzeige an die Agentur für Arbeit	2120
1 **	1. Anzeigenerstatter	2129
	Zuständige Agentur für Arbeit	2129
	3. Form	2129
	4. Mussinhalt	2130
	5. Sollinhalt	
	6. Stellungnahme des Betriebsrats	
	7. Anzeige bei Fehlen eines Betriebsrats	2132
	8. Zeitpunkt der Anzeige	2133
	9. Beteiligung des Betriebsrats	2133
	10. Abhängige Unternehmen	2133
V.	Rechtsfolgen der Anzeige	2134
	1. Sperrfrist	2134
	2. Freifrist	2141
VI.	Rechtswidrigkeit der Entlassungen bei unterbliebener Anzeige	2141
VII.	Klagefrist	2142
0 = 1	7	21.42
	Zeugnis	
	Anspruchsberechtigte	
	Schuldner des Zeugnisanspruchs	
III.	Entstehung des Zeugnisanspruchs	
	1. Endzeugnis	
13.7	2. Zwischenzeugnis	
	Formale Anforderungen an das Zeugnis Inhalt des Zeugnisses	
V.	HIDALI GES Z.EUPTISSES	7.14/

	1. Einfaches Zeugnis	
	2. Qualifiziertes Zeugnis	2148
VI.	Durchsetzung des Zeugnisanspruchs	2150
	1. Holschuld	2150
	2. Zurückbehaltungsrecht	
	3. Berichtigungsanspruch	2150
	4. Schadenersatz	
	5. Prozessuales	
	Verjährung, Verwirkung, Verfallfristen, Verzicht und Ausgleichsklausel	
	Widerruf des Zeugnisses	
	Ersatzzeugnis	
Χ.	Haftung gegenüber Dritten	2154
§ 52	Abwicklung des beendeten Arbeitsverhältnisses	2155
	Arbeitspapiere	
1.	1. Erstellung und Herausgabe	
	2. Fälligkeit	2157
	3. Holschuld	
	4. Schadenersatz	
	5. Prozessuales	
II.	Quittung und Ausgleichsquittung	2158
	1. Quittung	2158
	2. Ausgleichsquittung	2158
III.	Abmeldung	2158
	Toil I Patriabeithartragungan	
	ien j. betriebsübertragungen	
§ 53	Tatbestandliche Voraussetzungen des Betriebsübergangs	2159
I.	Einleitung	2159
II.	Tatbestandliche Voraussetzungen	2161
	1. Betrieb und Betriebsteil	2161
	2. Übergang	
	3. Anderer Inhaber	2180
	4. Rechtsgeschäft	
0.54	D 1. (1	2400
	Rechtsfolgen eines Betriebsübergangs	
1.	Auswirkungen auf arbeitsvertragliche Rechte und Pflichten	
	1. Eintritt in Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis	
	2. Vertragsänderung bzw. Verzicht auf individualvertragliche Ansprüche	
TT	3. Keine Erweiterung der vor dem Übergang bestehenden Rechte	2100
11.	1. Unmittelbare Fortgeltung von Betriebsvereinbarungen	
	2. Fortgeltung kraft gesetzlicher Anordnung	
	3. Ablösung durch kollektive Regelungen des Erwerbers	2207
	4. Vereinbarungen mit Sprecherausschüssen	2211
ш	Auswirkungen auf Tarifverträge	
111.	1. Unmittelbare Fortgeltung von Tarifverträgen	2212
	Fortgeltung kraft gesetzlicher Anordnung	
	3. Ablösung durch Tarifverträge des Erwerbers	2210
	4 Alle	1
	4 Ablosung durch Ketriebsvereinbarungen des Erwerbers	2222
	4. Ablösung durch Betriebsvereinbarungen des Erwerbers	
IV	5. Arbeitsvertragliche Bezugnahmeklauseln	2222
IV.	5. Arbeitsvertragliche Bezugnahmeklauseln Haftung von Erwerber und Veräußerer	2222 2232
IV.	5. Arbeitsvertragliche Bezugnahmeklauseln Haftung von Erwerber und Veräußerer	2222 2232 2232
IV.	5. Arbeitsvertragliche Bezugnahmeklauseln Haftung von Erwerber und Veräußerer	2222 2232 2232 2233

V. Auswirkungen auf Beteiligungsrechte und Mandat betriebsverfassungsrechtli-	
cher Organe	2238
1. Betriebsübergang ohne Betriebsänderung	2238
2. Betriebs- bzw. Betriebsteilübergang und Betriebsänderung	
VI. Kündigungsverbot gemäß § 613a Abs. 4 BGB	
1. Kündigung "wegen" Betriebsübergang	
2. Kündigung aus anderen Gründen	
3. Umgehungsverbot	
1. Einheitliche Klagefrist gemäß § 4 KSchG	
2. Kündigungsschutzantrag	
3. Leistungsanträge	
4. Beweislastfragen	
5. Beschlussverfahren	
3. Beschiussveriainen	2237
§ 55 Unterrichtungspflicht und Widerspruchsrecht	2258
I. Die Unterrichtungspflicht	
1. Grundlage und Zweck	2259
2. Rechtsnatur	
3. Verpflichtete und Adressaten der Unterrichtung	
4. Form und Zeitpunkt der Unterrichtung	
5. Inhalt und Umfang der Unterrichtungspflicht	2264
6. Rechtsfolgen unterbliebener oder fehlerhafter Unterrichtung	
II. Das Widerspruchsrecht	2284
1. Grundlagen	2284
2. Voraussetzungen für das Bestehen eines Widerspruchsrechts	
3. Anforderungen an die rechtswirksame Ausübung des Widerspruchsrechts	2286
4. Verzicht auf das Widerspruchsrecht 5. Verwirkung und rechtsmissbräuchliche Ausübung	2290
5. Verwirkung und rechtsmissbräuchliche Ausübung	2293
6. Rechtsfolgen und mögliche Konsequenzen des Widerspruchs	2300
7. Anfechtung eines erklärten Widerspruchs	2303
8. Risiken eines unwirksamen Widerspruchs	2304
Teil K. Betriebsänderungen	
· ·	
§ 56 Tatbestandsvoraussetzungen von Beteiligungsrechten bei Betriebsänderungen	
I. Einführung	
II. Voraussetzungen der Beteiligungsrechte gemäß § 111 S. 1 BetrVG	2308
1. Unternehmensgröße	2309
2. Existenz eines Betriebsrats	
3. Betriebsänderung	
4. Erhebliche Teile der Belegschaft	
5. Möglichkeit wesentlicher Nachteile	
6. Planungsstadium	231/
1. Einschränkung und Stilllegung gemäß § 111 S. 3 Nr. 1 BetrVG	2212
2. Verlegung des Betriebs oder wesentlicher Betriebsteile gemäß § 111 S. 3	2319
Nr. 2 BetrVG	2324
3. Zusammenschluss oder Spaltung von Betrieben gemäß § 111 S. 3 Nr. 3	2321
BetrVG	2325
4. Grundlegende Änderung der Betriebsstruktur gemäß § 111 S. 3 Nr. 4	_0_0
BetrVG	2327
5. Einführung neuer Methoden und Verfahren gemäß § 111 S. 3 Nr. 5 BetrVG.	
6. Kombination einzelner Tatbestände	
7. Zeitpunkt und Umfang der Unterrichtung	

8. Verhältnis zu unternehmens-/gesellschaftsrechtlichen Sachverhalten	
9. Streit über das Vorliegen einer Betriebsänderung	
IV. Zuständigkeiten	
1. Unternehmer	
2. Betriebsrat	
3. Gesamtbetriebsrat	
4. Konzernbetriebsrat	2340
5. Tarifvertraglich bestimmte Betriebsräte	2340
6. Unklare Kompetenzverhältnisse	2340
V. Der Betriebsratsberater gemäß § 111 S. 2 BetrVG	
1. Maßgebliche Unternehmensgröße	
2. Beteiligungspflichtige Betriebsänderung	
3. Begriff des Beraters	
4. Anzahl der Berater	
5. Umfang der Beratung	
6. Erforderlichkeit	
7. Kostentragung, Haftung	
8. Rechtsstellung des Beraters	2346
9. Verhältnis zu anderen Informationsmöglichkeiten	
VI. Beteiligungsrecht gemäß § 106 BetrVG	2347
1. Voraussetzungen gemäß § 106 Abs. 1 BetrVG	2347
2. Wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß § 106 Abs. 3 BetrVG	2348
3. Zeitpunkt und Umfang der Unterrichtung	2351
4. Streit über das Vorliegen wirtschaftlicher Angelegenheiten oder die Erteilung	
einer Auskunft	2355
VII. Beteiligung des Sprecherausschusses der leitenden Angestellten	2355
1. Existenz des Sprecherausschusses	2355
2. Wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß § 32 SprAuG	2355
VIII. Beteiligungsrechte des Europäischen Betriebsrats	2357
1. Existenz eines Europäischen Betriebsrats oder Forums	2357
2. Grenzübergreifende Angelegenheiten gemäß § 31 EBRG	2358
IX. Beteiligungsrechte des SE Betriebsrats	
1. Existenz eines SE Betriebsrats	
2. Beteiligungsrechte des SEBR	2361
X. Ausnahme junger Unternehmen von der Sozialplanpflicht nach § 112a Abs. 2	
BetrVG	2362
8 57 Hatani dama Dantana Wadan Hara Einiana	22/2
§ 57 Unterrichtung, Beratung, Verhandlung, Einigung	
I. Einführung	
II. Phasen	
1. Konzeption und Planung der Betriebsänderung	
2. Unterrichtung und Anhörung: Europäischer Betriebsrat/Forum	
3. Unterrichtung und Anhörung: SEBR	2372
4. Unterrichtung und Beratung: Sprecherausschuss	2373
5. Unterrichtung und Beratung: Wirtschaftsausschuss	
6. Unterrichtung und Beratung: Betriebsrat	2377
7. Verhandlungen über Interessenausgleich und Sozialplan	
8. Scheitern der Verhandlungen	
III. Einigungsstellenverfahren	2388
1. Bestellung der Einigungsstelle	2388
2. Einigungsstellenverfahren gemäß § 109 BetrVG	2389
3. Einigungsstellenverfahren nach § 112 Abs. 2 BetrVG	2390
4. Kosten der Einigungsstelle	
5. Gerichtliche Überprüfung der Einigungsstelle	
6. Besonderheiten im Insolvenzverfahren	2394

IV. Sicherung und Durchsetzung der Beteiligungsrechte	2395
1. Der Nachteilsausgleich des § 113 BetrVG	2395
2. Verfahren nach § 23 Abs. 3 BetrVG	2399
3. Ordnungswidrigkeit gemäß § 121 BetrVG; Straftat gemäß § 119 BetrVG	
4. Kollektiver Durchführungsanspruch(?)	2400
5. Fristenregelung	
6. Unterlassungsanspruch	2403
7. Sicherung der Beteiligungsrechte von EurBR, SEBR, SprA, WA	
8. Der Streit um den Tarifsozialplan	2408
9. Verfahrensablauf bei Massenentlassungen gem.§ 17 KSchG	2409
§ 58 Regelungsinhalte	2412
I. Einführung	2413
II. Interessenausgleich gemäß § 112 BetrVG	
1. Inhalt des Interessenausgleichs	
2. Form des Interessenausgleichs	
3. Rechtswirkungen des Interessenausgleichs	2427
4. Laufzeit des Interessenausgleichs	2428
5. Der Interessenausgleich in der Insolvenz	2429
III. Sozialplan gemäß § 112 BetrVG	
1. Arten von Sozialplänen	
2. Inhalt von Sozialplänen	
3. Rechtswirkungen von Sozialplänen	2455
4. Laufzeit von Sozialplänen	2457
5. Sozialpläne in der ÎnsolvenzIV. Umsetzung der Regelungsinhalte	2458
IV. Umsetzung der Regelungsinhalte	2458
1. Beachtung der Arbeitnehmerrechte	2458
2. Anhörung nach § 99 BetrVG	2458
3. Anhörung nach § 102 BetrVG	2459
4. Massenkündigung nach § 17 KSchG	2459
5. Beteiligung des Integrationsamtes	2460
6. Beteiligung des Amtes für Arbeitssicherheit	2460
7. Entlassung von Betriebsratsmitgliedern	2461
V. Betriebliche Folgen	
1. Betriebsratsstruktur	2463
2. Betriebsvereinbarungen	2463
3. Betriebsrenten	
4. Schwerbehindertenvertretung	2469
Teil L. Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat	
§ 59 Organisation	
I. Der Betrieb	2472
1. Der betriebsratsfähige Betrieb	
2. Gemeinsamer Betrieb mehrerer Unternehmen	2473
3. Betriebsteile, Kleinstbetriebe	
4. Der gewillkürte Betrieb	
5. Streitigkeiten	
II. Der Betriebsrat	
1. Amtszeit	
2. Vertretung/Aufgabenteilung	
3. Geschäftsführung	
III. Gesamtbetriebsrat	
1. Errichtung	2493

	2. Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrates	
	3. Geschäftsführung	
IV.	Konzernbetriebsrat	
	1. Zuständigkeit	
	2. Geschäftsführung	
V.	Jugend- und Auszubildendenvertretung	2497
	1. Jugend- und Auszubildendenvertretung im Betrieb	
	2. Jugend- und Auszubildendenvertretung im Unternehmen	
	3. Jugend- und Auszubildendenvertretung im Konzern	2499
VI.	Der Arbeitgeber	
	1. Begriff	
	2. Vertreter	2500
§ 60	Kooperations- und Verhaltenspflichten	2502
	Grundsätze für die Zusammenarbeit	
1.	1. Vertrauensvolle, konstruktive Zusammenarbeit	2502
	2. Friedenspflicht	
	3. Verbot parteipolitischer Betätigung	
	4. Störung der Betriebsratsarbeit	2508
II.	Benachteiligungs- und Begünstigungsverbot	2.509
	1. Benachteiligungsverbot	2509
	2. Begünstigung	2509
III.	Geheimhaltungspflicht	2511
	1. Adressat der Geheimhaltungspflicht	2511
	2. Gegenstand der Geheimhaltungspflicht	2511
	3. Schutzsubjekt der Geheimhaltungspflicht	2513
IV.	Sanktionen und Rechtsschutz bei Pflichtverletzungen	2513
	1. Verstoß gegen die Grundsätze für die Zusammenarbeit	2513
	2. Verstoß gegen das Benachteiligungs- und Begünstigungsverbot	2514
	3. Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht	2514
8 61	Beteiligungstatbestände	2515
	Informationsrechte	
1.		
	1. Überblick	2515
	2. Zeitpunkt und Umfang der Information	2516
	3. Informationsinstrumentarien	2510
TT	4. Verletzung der Informationspflicht	2517
111.	1. Überblick	
	2. Zeitpunkt und Umfang	
	3. Verletzung der Beteiligungspflicht	2520
ш	Vorschlags-(Initiativ-)rechte	2521
111.	1. Überblick	2522
	1. Oberdiek	2322
IV	2. Behandlung der Vorschläge und Initiativen	2523
1 V.	2. Behandlung der Vorschläge und Initiativen	2523
	Zustimmungspflichtige Maßnahmen	2523 2524
	Zustimmungspflichtige Maßnahmen  1. Überblick	2523 2524 2524
	Zustimmungspflichtige Maßnahmen  1. Überblick  2. Initiativrechte	2523 2524 2524 2524
	Zustimmungspflichtige Maßnahmen  1. Überblick  2. Initiativrechte  3. Einholung der Zustimmung	2523 2524 2524 2524 2525
	Zustimmungspflichtige Maßnahmen  1. Überblick  2. Initiativrechte	2523 2524 2524 2524 2525
§ 62	Zustimmungspflichtige Maßnahmen  1. Überblick  2. Initiativrechte  3. Einholung der Zustimmung	2523 2524 2524 2524 2525 2526
	Zustimmungspflichtige Maßnahmen  1. Überblick  2. Initiativrechte  3. Einholung der Zustimmung  4. Verletzung der Mitbestimmungspflicht	2523 2524 2524 2524 2525 2526 2527
	Zustimmungspflichtige Maßnahmen  1. Überblick	2523 2524 2524 2524 2525 2526 2527 2527
	Zustimmungspflichtige Maßnahmen  1. Überblick	2523 2524 2524 2524 2525 2526 2527 2527 2528
	Zustimmungspflichtige Maßnahmen  1. Überblick	2523 2524 2524 2524 2525 2526 2527 2527 2528 2529

II.	Sachaufwand für die Betriebsratstätigkeit	2534
	1. Grundsätze	
	2. Einzelne Sachmittel	2535
	3. Streitigkeiten	2539
III.	Kosten der Schulung und Bildung	2539
	1. Kostenerstattung	2539
	2. Lohnfortzahlung, Freizeitausgleich	2541
	3. Streitigkeiten	
e (2	n 1 to the contract of the con	2542
	Regelungsinstrumente	
I.	Betriebsvereinbarung	2542
	1. Die erzwingbare Betriebsvereinbarung	
	2. Die freiwillige Betriebsvereinbarung	
	3. Gruppenvereinbarung	
II.	Regelungsabrede	
	1. Gegenstand	
	2. Abschluss	
	3. Wirkung	
	4. Beendigung	2556
8 64	Betriebsverfassungsrechtliche Konfliktlösung	2557
	Zuständigkeit der Einigungsstelle	
1.		
	Erzwingbares Einigungsstellenverfahren     Erziwilliges Einigungsstellenverfahren	2559
ш	Z. Freiwilliges Elliigungsstelle	2559
11.	Freiwilliges Einigungsstellenverfahren     Errichtung der Einigungsstelle     Die einvernehmliche Errichtung	2560
	2. Die etreitige Errichtung	2561
Ш	Die streitige Errichtung  Verfahren vor der Einigungsstelle	2563
111.	1 Vertretung der Betriebsparteien	2563
	Verfahrensgrundsätze	2564
	3. Entscheidung der Einigungsstelle	2565
IV.	Kosten der Einigungsstelle	2568
	1. Vergütung der Beisitzer der Einigungsstelle	2569
	2. Vergütung des Vorsitzenden	2569
	3. Vergütung der Berater/Verfahrensbevollmächtigte	
	4. Sachaufwand	
	Teil M. Fremdpersonaleinsatz	
e / =	•	2572
	Drittbezogener Personaleinsatz	
	Arbeitnehmerüberlassung – Übersicht	
II.	Werk-(Dienst-)vertrag: Abgrenzung zur Arbeitnehmerüberlassung	
	1. Kriterien der Abgrenzung	
	2. Tatsächliche Vertragsabwicklung	
	3. Beurteilungsspielraum der Gerichte	
	4. Rechtsfolgen fehlerhafter Einordnung	
***	5. Checkliste	
	Überlassung von Maschinen und Bedienungspersonal	
	Gemeinschaftsbetrieb	
V.	Arbeitsvermittlung	2582
§ 66	Arbeitnehmerüberlassung	2584
	Grundsätze der Arbeitnehmerüberlassung	
	Übergangsrecht	
11.	0.001941190100111	200/

III.	Arbeitnehmerüberlassung im Rahmen wirtschaftlicher Tätigkeit	
	1. Anwendungsbereich des AÜG – generalisierte Erlaubnispflicht	
	2. Überlassungshöchstgrenze	
	3. Erlaubnisvorbehalt	
	4. Rechtsbeziehung Verleiher – Arbeitnehmer	
	5. Rechtsbeziehung Entleiher – Arbeitnehmer	
	6. Rechtsbeziehung Verleiher – Entleiher	
	7. Erlaubniserteilungsverfahren	
IV.	Illegale Arbeitnehmerüberlassung	
	1. Grundsatz und Bedeutung	
	2. Hauptfälle	2613
	3. Rechtsfolgen für Arbeitsverhältnis Verleiher – Arbeitnehmer	2614
	4. Rechtsfolgen für Arbeitsverhältnis Entleiher – Arbeitnehmer	
V.	Arbeitnehmerüberlassung im Konzern	
	1. Konzern iSd AÜG	
	2. "Nicht zum Zweck der Überlassung eingestellt oder beschäftigt"	
	3. Konzernweite Versetzungsklausel	2620
VI.	Arbeitnehmerüberlassung mit Auslandsbezug	2620
VII.	Ordnungswidrigkeiten, Straftaten	2621
VIII.	Gleichbehandlungsrecht, Sozialrecht	2621
	1. Gleichbehandlungsrecht	
	2. Sozialrecht	
IX.	Sozialversicherungsrecht, Steuerrecht	
	1. Sozialversicherungsrecht	2623
	2. Steuerrecht	2624
X.	Betriebsverfassungsrecht	2625
	1. Zuordnung der Leiharbeitnehmer	2625
	2. Beteiligungsrechte des Betriebsrats beim Einsatz von Leiharbeitnehmern	2626
XI.	Datenschutzrecht	2628
XI.	Datenschutzrecht	2628
XI.	Datenschutzrecht	2628
	Datenschutzrecht	2628
§ 67	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung	<ul><li>2628</li><li>2629</li></ul>
§ 67 I.	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat	2628 2629 2629
§ 67 I. II.	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat  Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages	2628 2629 2629 2630
§ 67 I. II.	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat	2628 2629 2629 2630
§ 67 I. II. III.	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat  Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages  Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände	2629 2629 2630 2631
§ 67 I. III. III.	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  Tarifgeltung	2629 2629 2630 2631 2635
§ 67 I. III. III.	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  Tarifgeltung  Tarifgebundenheit	2629 2629 2630 2631 2635 2635
§ 67 I. III. III.	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat  Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages  Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  Tarifgeltung  Tarifgebundenheit  1. Tarifgebundenheit kraft Verbandsmitgliedschaft	2629 2629 2630 2631 2635 2635 2637
§ 67 I. III. III.	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat  Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages  Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  Tarifgeltung  Tarifgebundenheit  1. Tarifgebundenheit kraft Verbandsmitgliedschaft  2. Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 TVG	2629 2629 2630 2631 2635 2635 2637 2640
§ 67 I. III. III.	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat  Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages  Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  Tarifgeltung  Tarifgebundenheit  1. Tarifgebundenheit kraft Verbandsmitgliedschaft  2. Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 TVG  3. Tarifgebundenheit des einzelnen Arbeitgebers	2629 2629 2630 2631 2635 2635 2637 2640 2643
§ 67 I. III. III.	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat  Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages  Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  Tarifgeltung  Tarifgebundenheit  1. Tarifgebundenheit kraft Verbandsmitgliedschaft  2. Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 TVG  3. Tarifgebundenheit des einzelnen Arbeitgebers  4. Tarifgebundenheit bei betrieblichen und betriebsverfassungsrechtlichen	2629 2629 2630 2631 2635 2635 2637 2640 2643
§ 67 I. III. III.	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat  Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages  Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  Tarifgeltung  Tarifgebundenheit  1. Tarifgebundenheit kraft Verbandsmitgliedschaft  2. Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 TVG  3. Tarifgebundenheit des einzelnen Arbeitgebers  4. Tarifgebundenheit bei betrieblichen und betriebsverfassungsrechtlichen  Tarifnormen	2629 2629 2630 2631 2635 2635 2640 2643
§ 67 I. III. III.	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat  Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages  Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  Tarifgeltung  Tarifgebundenheit  1. Tarifgebundenheit kraft Verbandsmitgliedschaft  2. Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 TVG  3. Tarifgebundenheit des einzelnen Arbeitgebers  4. Tarifgebundenheit bei betrieblichen und betriebsverfassungsrechtlichen Tarifnormen  5. Tarifgebundenheit durch Allgemeinverbindlicherklärung	2629 2629 2630 2631 2635 2635 2640 2643 2644
§ 67 I. III. III.	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat  Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages  Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  Tarifgeltung  Tarifgebundenheit  1. Tarifgebundenheit kraft Verbandsmitgliedschaft  2. Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 TVG  3. Tarifgebundenheit des einzelnen Arbeitgebers  4. Tarifgebundenheit bei betrieblichen und betriebsverfassungsrechtlichen Tarifnormen  5. Tarifgebundenheit durch Allgemeinverbindlicherklärung  6. Tarifgebundenheit bei Betriebsübergang	2629 2629 2630 2631 2635 2635 2640 2643 2644 2654
I. III. III. II. II. II. II. II. II. II	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  Tarifgeltung  Tarifgebundenheit  1. Tarifgebundenheit kraft Verbandsmitgliedschaft  2. Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 TVG  3. Tarifgebundenheit des einzelnen Arbeitgebers  4. Tarifgebundenheit bei betrieblichen und betriebsverfassungsrechtlichen Tarifnormen  5. Tarifgebundenheit durch Allgemeinverbindlicherklärung  6. Tarifgebundenheit bei Betriebsübergang  7. Arbeitsvertragliche Bezugnahme auf Tarifverträge	2629 2629 2630 2631 2635 2635 2640 2644 2654 2656
I. III. III. II. II. II. II. II. II. II	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  Tarifgeltung  Tarifgebundenheit  1. Tarifgebundenheit kraft Verbandsmitgliedschaft  2. Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 TVG  3. Tarifgebundenheit des einzelnen Arbeitgebers  4. Tarifgebundenheit bei betrieblichen und betriebsverfassungsrechtlichen Tarifnormen  5. Tarifgebundenheit durch Allgemeinverbindlicherklärung  6. Tarifgebundenheit bei Betriebsübergang  7. Arbeitsvertragliche Bezugnahme auf Tarifverträge  Geltungsbereich	2629 2629 2630 2631 2635 2635 2640 2644 2654 2656 2680
I. III. III. II. II. II. II. II. II. II	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  Tarifgeltung  Tarifgebundenheit  1. Tarifgebundenheit kraft Verbandsmitgliedschaft  2. Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 TVG  3. Tarifgebundenheit des einzelnen Arbeitgebers  4. Tarifgebundenheit bei betrieblichen und betriebsverfassungsrechtlichen Tarifnormen  5. Tarifgebundenheit durch Allgemeinverbindlicherklärung  6. Tarifgebundenheit bei Betriebsübergang  7. Arbeitsvertragliche Bezugnahme auf Tarifverträge  Geltungsbereich  1. Persönlicher Geltungsbereich	2628 2629 2630 2631 2635 2635 2640 2643 2644 2654 2656 2680 2680
I. III. III. II. II. II. II. II. II. II	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat  Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages  Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  Tarifgeltung  Tarifgebundenheit  1. Tarifgebundenheit kraft Verbandsmitgliedschaft  2. Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 TVG  3. Tarifgebundenheit des einzelnen Arbeitgebers  4. Tarifgebundenheit bei betrieblichen und betriebsverfassungsrechtlichen Tarifnormen  5. Tarifgebundenheit durch Allgemeinverbindlicherklärung  6. Tarifgebundenheit bei Betriebsübergang  7. Arbeitsvertragliche Bezugnahme auf Tarifverträge  Geltungsbereich  1. Persönlicher Geltungsbereich  2. Räumlicher Geltungsbereich	2628 2629 2630 2631 2635 2635 2640 2643 2644 2654 2656 2680 2680 2681
I. III. III. II. II. II. II. II. II. II	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  Tarifgeltung  Tarifgebundenheit  1. Tarifgebundenheit kraft Verbandsmitgliedschaft  2. Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 TVG  3. Tarifgebundenheit des einzelnen Arbeitgebers  4. Tarifgebundenheit bei betrieblichen und betriebsverfassungsrechtlichen Tarifnormen  5. Tarifgebundenheit durch Allgemeinverbindlicherklärung  6. Tarifgebundenheit bei Betriebsübergang  7. Arbeitsvertragliche Bezugnahme auf Tarifverträge  Geltungsbereich  1. Persönlicher Geltungsbereich  2. Räumlicher Geltungsbereich  3. Betrieblicher/branchenmäßiger Geltungsbereich	2628 2629 2630 2631 2635 2635 2640 2644 2654 2656 2680 2680 2681 2682
I. III. III. II. II. II. II. II. II. II	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat  Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages  Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  Tarifgeltung  Tarifgebundenheit  1. Tarifgebundenheit kraft Verbandsmitgliedschaft  2. Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 TVG  3. Tarifgebundenheit des einzelnen Arbeitgebers  4. Tarifgebundenheit bei betrieblichen und betriebsverfassungsrechtlichen Tarifnormen  5. Tarifgebundenheit durch Allgemeinverbindlicherklärung  6. Tarifgebundenheit bei Betriebsübergang  7. Arbeitsvertragliche Bezugnahme auf Tarifverträge  Geltungsbereich  1. Persönlicher Geltungsbereich  2. Räumlicher Geltungsbereich  3. Betrieblicher/branchenmäßiger Geltungsbereich  4. Zeitlicher Geltungsbereich	2629 2629 2630 2631 2635 2635 2640 2644 2654 2656 2680 2681 2682 2683
I. II. II.	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat  Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages  Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  Tarifgeltung  Tarifgebundenheit  1. Tarifgebundenheit kraft Verbandsmitgliedschaft  2. Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 TVG  3. Tarifgebundenheit des einzelnen Arbeitgebers  4. Tarifgebundenheit bei betrieblichen und betriebsverfassungsrechtlichen Tarifnormen  5. Tarifgebundenheit durch Allgemeinverbindlicherklärung  6. Tarifgebundenheit bei Betriebsübergang  7. Arbeitsvertragliche Bezugnahme auf Tarifverträge  Geltungsbereich  1. Persönlicher Geltungsbereich  2. Räumlicher Geltungsbereich  3. Betrieblicher/branchenmäßiger Geltungsbereich  4. Zeitlicher Geltungsbereich  5. Herauswachsen aus dem Geltungsbereich	2629 2629 2630 2631 2635 2635 2640 2643 2644 2654 2656 2680 2681 2682 2683 2689
I. II. II.	Teil N. Tarifvertragsrecht  Einführung  Bedeutung im arbeitsrechtlichen Mandat  Bedeutung und Funktionen des Tarifvertrages  Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  Tarifgeltung  Tarifgebundenheit  1. Tarifgebundenheit kraft Verbandsmitgliedschaft  2. Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 TVG  3. Tarifgebundenheit des einzelnen Arbeitgebers  4. Tarifgebundenheit bei betrieblichen und betriebsverfassungsrechtlichen Tarifnormen  5. Tarifgebundenheit durch Allgemeinverbindlicherklärung  6. Tarifgebundenheit bei Betriebsübergang  7. Arbeitsvertragliche Bezugnahme auf Tarifverträge  Geltungsbereich  1. Persönlicher Geltungsbereich  2. Räumlicher Geltungsbereich  3. Betrieblicher/branchenmäßiger Geltungsbereich  4. Zeitlicher Geltungsbereich	2629 2629 2630 2631 2635 2635 2640 2643 2644 2654 2656 2680 2681 2682 2683 2689 2689

	2. Tarifpluralität	2691
	3. Tarifkollision/Tarifeinheitsgesetz	2693
	41 11 17 1 1 1 77 11	2 (00
	Abschluss und Inhalt des Tarifvertrages	
I.	Einführung	2698
II.	Zustandekommen des Tarifvertrages	2699
	1. Vertragsschluss	2699
	2. Tariffähigkeit	2700
	3. Tarifzuständigkeit	
	4. Schriftform	
	5. Publizität des Tarifvertrages	
III.	Inhalt von Tarifverträgen	
	1. Normativer Teil des Tarifvertrages	2709
	2. Schuldrechtlicher Teil des Tarifvertrages	2711
	3. Auslegung von Tarifverträgen	2713
	Rechtsnormen in Tarifverträgen	
I.	Übersicht	2720
	1. Materielles Gesetz	
	2. Tarifnormen im arbeitsgerichtlichen Verfahren	2721
II.	Unmittelbare Wirkung von Tarifnormen Zwingende Wirkung von Tarifnormen	2722
III.	Zwingende Wirkung von Tarifnormen	2723
IV.	Schranken der Normsetzung	2723
	1. Verhältnis von Tarifnormen zu anderen Rechtsquellen	2724
	2. Regelungsschranken Ausnahmen der zwingenden Wirkung	2729
V.	Ausnahmen der zwingenden Wirkung	2731
	Günstigkeitsprinzip     Tariföffnungsklauseln     Wegfall der zwingenden Wirkung	2731
	2. Tariföffnungsklauseln	2735
	3. Wegfall der zwingenden Wirkung	2735
VI.	Schutz vor Verlust tariflicher Rechte	2736
	1. Verzicht auf entstandene tarifliche Rechte	
	2. Verwirkung	
	3. Ausschlussfristen	
VII.	Ausschlussfristen	
	1. Übersicht	
	2. Geltendmachung	2741
	3. Unzulässige Berufung auf Ausschlussfristen	2746
VIII.	Schutz der "kollektiven Normwirkung"	2747
e <b>7</b> 1	77 19.2 1 .	2740
	Koalitionsrecht	
	Einführung	
II.	Koalitionsbegriff	
	1. Vereinigung	2750
	2. Arbeitnehmer-/Arbeitgebervereinigung	
	3. Zweck: Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen	
	4. Unabhängigkeit	2751
	5. Bekenntnis zur freiheitlichen Ordnung	
	6. Gewerkschaftsbegriff	
III.	Individuelle Koalitionsfreiheit	
	1. Positive individuelle Koalitionsfreiheit	
	2. Negative individuelle Koalitionsfreiheit	
IV.	Kollektive Koalitionsfreiheit	
	1. Bestandsgarantie	
	2. Koalitionsmittelgarantie und Tarifautonomie	
	3. Verbandsautonomie	2758

V.	Schranken der Koalitionsfreiheit	2758
VI.	Unmittelbare Drittwirkung	2759
	Teil O. Teilzeitarbeitsverhältnisse und geringfügige Beschäftigung	
§ 72	Teilzeitarbeitsverhältnisse	2761
I.	Einführung	2761
	Kodifizierung des Teilzeitarbeitsrechts – Überblick	
	1. Der teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer	2762
	2. Teilzeitförderung	2763
	3. Diskriminierungs- und Benachteiligungsverbot	2766
III.	Arbeitsbedingungen des Teilzeitarbeitnehmers von A bis Z	2767
IV.	Nebenpflichten	2771
	1. Verschwiegenheitspflicht	2772
	2. Wettbewerbsverbot	
	3. Nebentätigkeit	2772
V.	Beendigung des Teilzeitarbeitsverhältnisses	2772
	1. Allgemeines	2773
	2. Teilzeitarbeitsverhältnis und betriebsbedingte Kündigung	2773
VI.	Sonderformen der Teilzeitarbeit	
	1. Arbeit auf Abruf (§ 12 TzBfG)	2//4
X 777	2. Arbeitsplatzteilung (§ 13 TzBfG)	2//6
VII.	Teilzeitarbeit und Betriebsverfassung	2779
V 111.	Teilzeitarbeit und Tarifvertragsrecht	2//8
	Der Anspruch auf Teilzeitarbeit Einführung	2550
§ 73	Der Anspruch auf Teilzeitarbeit	2//9
I.	Einführung	2780
II.	Allgemeine Anspruchsvoraussetzungen der §§ 8, 9a TzBfG	2780
	1. Anspruchsberechtigte Arbeitnehmer	2780
	2. Kleinbetriebsklauseln	
***	3. Wartezeit	
ш.	Verfahren zur (befristeten) Arbeitszeitverringerung nach §§ 8, 9a TzBfG	2/82
	1. Geltendmachung des Teilzeitanspruchs	2784
	2. Ankündigungsfrist	
	Verhandlungsphase     Reaktion des Arbeitgebers	
	5. Zustimmungsfiktion	
	6. Erneute Geltendmachung	2786
IV	Betriebliche Gründe versus Teilzeitwunsch	2787
- **	Entgegenstehendes unternehmerisches Organisationskonzept	
	Gesetzliche Regelbeispiele als Ablehnungsgrund	
	3. Sonstige Ablehnungsgründe	
V.	Auswirkungen der Arbeitszeitreduzierung auf die Vergütung	2793
	Mitbestimmung des Betriebsrats	
VII.	Teilzeitarbeit nach anderen Gesetzen	
	1. Teilzeitarbeit während Elternzeit	
	2. Teilzeitarbeit bei Schwerbehinderung	2799
	3. Teilzeitarbeit während Pflegezeit	2801
	4. Familienpflegezeit	
VIII.	Prozessuales	2802
	1. Teilzeitanspruch nach TzBfG	2802
	2. Teilzeitanspruch nach § 15 BEEG	2806
	3. Teilzeitanspruch nach § 164 Abs. 5 SGB IX	
	T. Tenzenansdruch nach Phegezzt und FPTZZt	40U/

§ 74	Altersteilzeit	2808
I.	Einführung	2808
II.	Anspruch auf Altersteilzeitarbeit	2810
	1. Kein gesetzlicher Anspruch	2810
	2. Tarifvertragliche Ansprüche	2810
	3. Anspruch aus Betriebsvereinbarung	2811
	4. Individualvertraglicher Anspruch	
III.	Voraussetzungen (un-)geförderter Altersteilzeit	
	1. Voraussetzungen für (un-)geförderte Altersteilzeit auf Arbeitnehmerseite	2812
	2. Voraussetzungen für (un-)geförderte Altersteilzeit auf Arbeitgeberseite	2813
IV.	Altersteilzeitvertrag	2814
V.	Durchführung des Altersteilzeit-Arbeitsverhältnisses	2816
	1. Allgemeines	2816
	2. Rechte und Pflichten der Arbeitsvertragsparteien	2817
	3. Kündigung des Altersteilzeit-Arbeitsverhältnisses	
	4. Reguläre Beendigung des Altersteilzeit-Arbeitsverhältnisses	
	5. Betriebsverfassungs- und Mitbestimmungsrecht	
VI.	Prozessualer Hinweis	2821
§ 75	Geringfügige Beschäftigung	2822
I.	Einführung	2822
II.	Geringfügige Beschäftigung als Teilzeitarbeitsverhältnis	2823
III.	Formen geringfügiger Beschäftigung	2823
	1. Entgeltgeringfügigkeit	2824
	2. Zeitgeringfügigkeit/Kurzfristbeschäftigung	2823
13.7	3. Geringfügige Beschäftigung in Privathaushalten	2026
1 V.	Zusammenrechnung von Arbeitsentgelt Rechte und Pflichten der Arbeitsvertragsparteien  1. Individualarbeitsrecht	2020
٧.	1. Individual arbeits recht	2827
	2. Betriebsverfassungsrecht	2821
	3. Tarifvertragsrecht	
	4. Betriebliche Altersversorgung	
VI.	Die "Gleitzone"	
, 2.	2.0 % O.O.1.20.1.0	
	Teil P. Arbeitsgerichtsverfahren	
	3	
	Der Anwalt im Arbeitsgerichtsprozess	
I.	Prozesskostenhilfe und Beiordnung nach § 11a ArbGG	
	1. Prozesskostenhilfe	2835
	2. Beiordnung nach § 11a ArbGG	
	3. Beratungshilfe	
II.	Prozessvertretung im Urteilsverfahren	
	1. Prozessvertretung in erster Instanz	
	2. Prozessvertretung in zweiter Instanz	
***	3. Prozessvertretung in dritter Instanz	
111.	Verfahrensvertretung im Beschlussverfahren	
	1. Verfahrensvertretung in erster Instanz	
	2. Verfahrensvertretung in zweiter Instanz	
	3. Verfahrensvertretung in dritter Instanz	∠ <b>ŏ</b> 48
§ 77	Das Urteilsverfahren	2849
-	Parteien des Urteilsverfahrens	
1.	1. Arbeitgeber	
	2. Arbeitnehmer	

	3. Zur Berufsausbildung Beschäftigte	2854
	4. Gleichgestellte Personen	2854
II.	Zuständigkeit der Gerichte für Arbeitssachen	2860
	1. Internationale Zuständigkeit	
	2. Deutsche Gerichtsbarkeit	
	3. Rechtswegzuständigkeit	2861
	4. Fallgruppen der Rechtswegzuständigkeit	
	5. Prüfung der Rechtswegzuständigkeit	
	6. Entscheidungen über die Rechtswegzuständigkeit	
	7. Örtliche Zuständigkeit	2893
	8. Entscheidung über örtliche Zuständigkeit	2897
III.	Vorgerichtliche Verfahren nach § 111 Abs. 2 ArbGG	
	1. Prozessvoraussetzung	
	2. Verfahren	2899
	3. Verhältnis zum Kündigungsschutzgesetz	
	4. Prozesskostenhilfe	2899
	Mahnverfahren	
V.	Urteilsverfahren erster Instanz	
	1. Kollegialgerichte	2900
	2. Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen	2900
	3. Klageerhebung	
	5. Güteverhandlung	2906
	6. Vorbereitung der Verhandlung vor der Kammer	
	7. Vorbereitung in Bestandsschutzverfahren	2914
	8. Anordnung des persönlichen Erscheinens	2916
	9. Kammertermin	2920
	10. Zurückweisung verspäteten Vorbringens  11. Beweisverfahren	
	11. Beweisverfahren DIF FACUIDI CUILIANIDI II.	2929
	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten	2935
	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten	2935
	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten	2935 2936
	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten	2935 2936 2939
VI.	Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten     Verkündung von Urteilen und Beschlüssen     Verurteilung zur Vornahme einer Handlung     Vorläufige Vollstreckbarkeit	2935 2936 2939 2942
VI.	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten	2935 2936 2939 2942 2947
VI.	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten	2935 2936 2939 2942 2947 2947
VI.	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung	2935 2936 2939 2942 2947 2947 2950
VI.	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung  3. Berufungsfrist	2935 2936 2939 2942 2947 2947 2950 2950
VI.	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung  3. Berufungsfrist  4. Berufungsbegründungs- und -beantwortungsfrist	2935 2936 2939 2942 2947 2947 2950 2950 2951
VI.	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung  3. Berufungsfrist  4. Berufungsbegründungs- und -beantwortungsfrist  5. Form und Inhalt der Berufung	2935 2936 2939 2942 2947 2947 2950 2950 2951 2953
VI.	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung  3. Berufungsfrist  4. Berufungsbegründungs- und -beantwortungsfrist  5. Form und Inhalt der Berufung  6. Begründung der Berufung	2935 2936 2939 2942 2947 2950 2950 2951 2953 2954
VI.	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung  3. Berufungsfrist  4. Berufungsbegründungs- und -beantwortungsfrist  5. Form und Inhalt der Berufung  6. Begründung der Berufung  7. Beantwortung der Berufung	2935 2936 2939 2942 2947 2950 2950 2951 2953 2954 2959
VI.	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung  3. Berufungsfrist  4. Berufungsbegründungs- und -beantwortungsfrist  5. Form und Inhalt der Berufung  6. Begründung der Berufung  7. Beantwortung der Berufung  8. Anschlussberufung	2935 2936 2939 2942 2947 2950 2950 2951 2953 2954 2959 2959
VI.	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung  3. Berufungsfrist  4. Berufungsbegründungs- und -beantwortungsfrist  5. Form und Inhalt der Berufung  6. Begründung der Berufung  7. Beantwortung der Berufung  8. Anschlussberufung  9. Rücknahme der Berufung und Verzicht auf Berufung	2935 2936 2939 2942 2947 2950 2950 2951 2953 2954 2959 2959 2959
VI.	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung  3. Berufungsfrist  4. Berufungsbegründungs- und -beantwortungsfrist  5. Form und Inhalt der Berufung  6. Begründung der Berufung  7. Beantwortung der Berufung  8. Anschlussberufung  9. Rücknahme der Berufung und Verzicht auf Berufung  10. Prüfung der Zulässigkeit der Berufung	2935 2936 2939 2942 2947 2950 2950 2951 2953 2954 2959 2959 2959
VI.	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung  3. Berufungsfrist  4. Berufungsbegründungs- und -beantwortungsfrist  5. Form und Inhalt der Berufung  6. Begründung der Berufung  7. Beantwortung der Berufung  8. Anschlussberufung  9. Rücknahme der Berufung und Verzicht auf Berufung  10. Prüfung der Zulässigkeit der Berufung  11. Übersicht der Verfahrensregelungen zweiter Instanz	2935 2936 2939 2942 2947 2947 2950 2951 2953 2954 2959 2959 2959 2959
VI.	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung  3. Berufungsfrist  4. Berufungsbegründungs- und -beantwortungsfrist  5. Form und Inhalt der Berufung  6. Begründung der Berufung  7. Beantwortung der Berufung  8. Anschlussberufung  9. Rücknahme der Berufung und Verzicht auf Berufung  10. Prüfung der Zulässigkeit der Berufung  11. Übersicht der Verfahrensregelungen zweiter Instanz  12. Beschränkung der Berufung	2935 2936 2939 2942 2947 2947 2950 2951 2953 2954 2959 2959 2959 2960 2962
VI.	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung  3. Berufungsfrist  4. Berufungsbegründungs- und -beantwortungsfrist  5. Form und Inhalt der Berufung  6. Begründung der Berufung  7. Beantwortung der Berufung  8. Anschlussberufung  9. Rücknahme der Berufung und Verzicht auf Berufung  10. Prüfung der Zulässigkeit der Berufung  11. Übersicht der Verfahrensregelungen zweiter Instanz  12. Beschränkung der Berufung  13. Zurückweisung verspäteten Vorbringens	2935 2936 2939 2942 2947 2947 2950 2951 2953 2954 2959 2959 2959 2960 2962 2962
	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung  3. Berufungsfrist  4. Berufungsbegründungs- und -beantwortungsfrist  5. Form und Inhalt der Berufung  6. Begründung der Berufung  7. Beantwortung der Berufung  8. Anschlussberufung  9. Rücknahme der Berufung und Verzicht auf Berufung  10. Prüfung der Zulässigkeit der Berufung  11. Übersicht der Verfahrensregelungen zweiter Instanz  12. Beschränkung der Berufung  13. Zurückweisung verspäteten Vorbringens  14. Urteil zweiter Instanz	2935 2936 2939 2942 2947 2947 2950 2951 2953 2954 2959 2959 2959 2960 2962 2962
	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung  3. Berufungsfrist  4. Berufungsbegründungs- und -beantwortungsfrist  5. Form und Inhalt der Berufung  6. Begründung der Berufung  7. Beantwortung der Berufung  8. Anschlussberufung  9. Rücknahme der Berufung und Verzicht auf Berufung  10. Prüfung der Zulässigkeit der Berufung  11. Übersicht der Verfahrensregelungen zweiter Instanz  12. Beschränkung der Berufung  13. Zurückweisung verspäteten Vorbringens  14. Urteil zweiter Instanz  Urteilsverfahren dritter Instanz	2935 2936 2939 2942 2947 2947 2950 2951 2953 2954 2959 2959 2960 2962 2962 2962 2963
	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung  3. Berufungsfrist  4. Berufungsbegründungs- und -beantwortungsfrist  5. Form und Inhalt der Berufung  6. Begründung der Berufung  7. Beantwortung der Berufung  8. Anschlussberufung  9. Rücknahme der Berufung und Verzicht auf Berufung  10. Prüfung der Zulässigkeit der Berufung  11. Übersicht der Verfahrensregelungen zweiter Instanz  12. Beschränkung der Berufung  13. Zurückweisung verspäteten Vorbringens  14. Urteil zweiter Instanz  Urteilsverfahren dritter Instanz  1. Revisionsfähiges Urteil	2935 2936 2939 2942 2947 2947 2950 2951 2953 2954 2959 2959 2962 2962 2962 2963 2963
	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung  3. Berufungsfrist  4. Berufungsbegründungs- und -beantwortungsfrist  5. Form und Inhalt der Berufung  6. Begründung der Berufung  7. Beantwortung der Berufung  8. Anschlussberufung  9. Rücknahme der Berufung und Verzicht auf Berufung  10. Prüfung der Zulässigkeit der Berufung  11. Übersicht der Verfahrensregelungen zweiter Instanz  12. Beschränkung der Berufung  13. Zurückweisung verspäteten Vorbringens  14. Urteil zweiter Instanz  15. Urteilsverfahren dritter Instanz  16. Revisionsfähiges Urteil  27. Zulassung der Revision durch das Landesarbeitsgericht	2935 2936 2939 2942 2947 2947 2950 2951 2953 2954 2959 2959 2962 2962 2962 2963 2963 2963
	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung  3. Berufungsfrist  4. Berufungsbegründungs- und -beantwortungsfrist  5. Form und Inhalt der Berufung  6. Begründung der Berufung  7. Beantwortung der Berufung  8. Anschlussberufung  9. Rücknahme der Berufung und Verzicht auf Berufung  10. Prüfung der Zulässigkeit der Berufung  11. Übersicht der Verfahrensregelungen zweiter Instanz  12. Beschränkung der Berufung  13. Zurückweisung verspäteten Vorbringens  14. Urteil zweiter Instanz  15. Urteilsverfahren dritter Instanz  16. Revisionsfähiges Urteil  27. Zulassung der Revision durch das Landesarbeitsgericht  38. Nichtzulassungsbeschwerde	2935 2936 2939 2942 2947 2947 2950 2950 2951 2953 2959 2959 2962 2962 2962 2963 2963 2963 2970
	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten	2935 2936 2939 2942 2947 2947 2950 2950 2951 2953 2959 2959 2962 2962 2962 2963 2963 2970 2972
	12. Versäumnisverfahren und Entscheidung nach Lage der Akten  13. Verkündung von Urteilen und Beschlüssen  14. Verurteilung zur Vornahme einer Handlung  15. Vorläufige Vollstreckbarkeit  Urteilsverfahren zweiter Instanz  1. Statthaftigkeit der Berufung  2. Zulassung der Berufung  3. Berufungsfrist  4. Berufungsbegründungs- und -beantwortungsfrist  5. Form und Inhalt der Berufung  6. Begründung der Berufung  7. Beantwortung der Berufung  8. Anschlussberufung  9. Rücknahme der Berufung und Verzicht auf Berufung  10. Prüfung der Zulässigkeit der Berufung  11. Übersicht der Verfahrensregelungen zweiter Instanz  12. Beschränkung der Berufung  13. Zurückweisung verspäteten Vorbringens  14. Urteil zweiter Instanz  15. Urteilsverfahren dritter Instanz  16. Revisionsfähiges Urteil  27. Zulassung der Revision durch das Landesarbeitsgericht  38. Nichtzulassungsbeschwerde	2935 2936 2939 2942 2947 2950 2950 2951 2953 2954 2959 2959 2962 2962 2962 2963 2963 2970 2972

	8. Einschränkung der Revision	
	9. Säumnisverfahren	
	10. Vergleich – Erledigung der Hauptsache	2979
	11. Weiteres Verfahren	2979
	12. Sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung des Berufungsurteils	
VIII.	Beschwerde	2980
IX.	Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	2981
	Außerordentlicher Rechtsbehelf	
XI.	Arrest und einstweilige Verfügung	
	1. Grundsätze	
	2. Arrest	
	3. Einstweilige Verfügung	2984
XII.	Vollstreckung arbeitsrechtlicher Titel	
	1. Allgemeines	2988
	2. ABC der Vollstreckung arbeitsgerichtlicher Titel	
XIII.	Streitwert und Streitwertfestsetzung im Urteilsverfahren	2991
	1. Arbeitsgerichtliche Wertfestsetzung	2991
	2. Urteilsstreitwert nach § 61 Abs. 1 ArbGG	
	3. Gerichtsgebührenstreitwert	
	4. Rechtsanwaltsgebührenstreitwert	2994
		• • • •
§ 78	Das Beschlussverfahren	2996
I.	Zuständigkeit im Beschlussverfahren	2997
II.	Urteils- oder Beschlussverfahren	
	1. Typische Ansprüche von Arbeitnehmern	2998
	2. Anspriiche von Betriebsratsmitgliedern	2998
	3. Ansprüche von Jugend- und Auszubildendenvertretern/Schwerbehindertenvertretung  4. Ansprüche von/gegen Gewerkschaften  4. Ansprüche von/gegen Gewerkschaften	
	vertretungvertretung	2998
	4. Ansprüche von/gegen Gewerkschaften	2999
	5. Verweisung in die andere Verfahrensart	3000
III.	Beteiligte im Beschlussverfahren	
	1. Beteiligtenfähigkeit	3000
	2. Antragsteller	3001
	3. Beteiligungsbefugnis	3001
	4. Antragsbefugnis	3004
	5. Antragsgegner	
	6. Weiterer Antragsteller	3005
IV.	Antrag im Beschlussverfahren/Einleitung des Verfahrens	3005
	1. Antragsschrift	3006
	2. Antrag	
	3. Rechtsschutzinteresse	3007
	4. Änderung des Antrags	3008
	5. Zustellung der Antragsschrift	3009
	6. Rücknahme des Antrags	3009
	7. Örtliche Zuständigkeit	
V.	Verfahren erster Instanz	3009
	1. Anhörung	3009
	2. Untersuchungsgrundsatz	3010
	3. Zurückweisung verspäteten Vorbringens	3011
	4. Beschlüsse und Verfügungen	3011
	5. Vergleich	3011
	6. Erledigungserklärung	3012
	7. Entscheidung im Beschlussverfahren	3012
	8. Zwangsvollstreckung	
	9. Einstweilige Verfügung	

VI.	Zweiter Rechtszug	3014
	1. Grundsätze	3014
	2. Einlegung und Begründung der Beschwerde	3014
	3. Beschwerdeverfahren	3015
	4. Erledigung des Verfahrens	
	5. Entscheidung über die Beschwerde	3016
VII.	Dritter Rechtszug	3016
	1. Rechtsbeschwerde	3016
	2. Anschlussrechtsbeschwerde	3017
	3. Nichtzulassungsbeschwerde	3017
	4. Sprungrechtsbeschwerde	3017
	5. Einlegung und Begründung der Rechtsbeschwerde	3017
	6. Rücknahme, Erledigung Antragsänderung	3018
	7. Beschwer und Rechtsschutzbedürfnis	
	8. Verfahren beim Bundesarbeitsgericht	3018
VIII.	Beschlussverfahren in besonderen Fällen	
	1. Tariffähigkeit und Tarifzuständigkeit	
	2. Allgemeinverbindlicherklärung	
	3. Auflösung der Tarifkollision	3020
	4. Besetzung der Einigungsstelle	3020
	5. Beschlussverfahren nach der Insolvenzordnung	3021
IX.	Verfahrenswert im Beschlussverfahren	3022
	Kosten und Kostenerstattung  Kosten  Gebühren und Auslagen	
§ 79	Kosten und Kostenerstattung	3023
I.	Kosten	3023
	1. Gebühren und Auslagen	3023
	2. Fälligkeit der Kosten	3024
	3. Nichterhebung von Kosten	3024
II.	Fälligkeit der Kosten     Nichterhebung von Kosten     Kostentragungspflicht im Urteilsverfahren 1. Instanz	3025
	1. Grundsatz	3025
	2. Prozessuale Kostenerstattung	3025
	3. Materiell-rechtliche Kostenerstattung	3025
	4. Vertragliche Kostenverpflichtung	3026
	5. Hypothetische Kostenberechnung	3026
	6. Ausnahmen bei Verweisung	3027
III.	Kostentragungspflicht im Urteilsverfahren 2. und 3. Instanz	3027
IV.	Kostentragungspflicht im Beschlussverfahren	3028
	1. Allgemeines	3028
	2. Materieller Kostenerstattungsanspruch	
V.	Kostentragungspflicht im Beschwerdeverfahren	3029
	Teil Q. GmbH-Geschäftsführer und AG-Vorstand	
8 80	Das Anstellungsverhältnis des GmbH-Geschäftsführers	3031
	Grundlagen	
1.	1. Trennung von Organstellung und Anstellung	
	Treinfung von Organstellung und Ansteinung     Grundzüge der Organstellung	
	3. Rechtsnatur des Anstellungsvertrags	
	4. Sonderfälle	
	5. Lohnsteuer und Sozialversicherung	3037
ш	Abschluss des Anstellungsvertrags	2044
	Anwendbare Normen und wesentliche Vertragsinhalte	
1111.		
	1. Allgemeines	
	Kompetenzen und Berichtspflichten     Arbeitszeit und Vergütung	
	J. INDUISCH UNG VEISGUUNS	JU40

4. Dauer/Laufzeit	3048
5. Abfindungs- und Change-in-Control-Klauseln	
6. Kündigungsschutz	3052
7. Erholungsurlaub	3053
8. Interessenwahrungs- und Loyalitätspflichten	3053
9. Nachvertragliche Wettbewerbsverbote	3054
10. Versetzungsklauseln	
11. Diskriminierung/Gleichbehandlung	
12. Besondere Personengruppen	3057
13. Haftung	
14. Versorgung	
15. Ausschlussfristen	
16. Betriebsübergang	
17. Betriebsverfassung	
18. Datenschutz	
19. Zeugnis	
20. Rechtsweg/Zuständigkeit	
IV. Beendigung des Anstellungsvertrags	3061
1. Änderung/Beendigung der Organstellung	2061
Vertragsbeendigung durch Kündigung     Vertragsbeendigung durch Aufhebungsvertrag	2064
V. Rechtsschutz vor Gericht	2060 2067
1. GmbH als Klagegegner	
2. Rechtsweg	
3. Rechtsschutz gegen Abberufung	3068
4. Rechtsschutz gegen Kündigung	3069
5. Vergütungsklage im Urkundenprozess	3069
	\   (
DIE FACHBUCHHANDLUI	NC
§ 81 Das Anstellungsverhältnis des AG-Vorstandsmitglieds	3070
I. Grundlagen	3070
1. Bestellung und Anstellung	
2. Rechtsnatur des Anstellungsvertrags	
3. Sozialversicherung	3072
4. Steuerliche Behandlung	3073
II. Begründung der Organstellung	3073
III. Begründung und Inhalt des Anstellungsvertrags	
1. Vertragsschluss	
2. Drittanstellung	
3. Fehlerhafter Anstellungsvertrag	
4. AGG-Anwendung und Frauenquote	
5. Vertragsinhalte	30/8
IV. Beendigung der Organstellung	
1. Beschlussfassung und Erklärung des Widerrufs	
2. Wichtiger Grund	3090
3. Wirkung des Widerrufs	
4. Amtsniederlegung	2002
6. Suspendierung	
v. Beendigung des Anstellungsvertrags  1. Erklärung der Kündigung	2002
1. LINIATURE UCI NURUSURE	3093
	3093 3093
2. Außerordentliche Kündigung	3093 3093 3093
Außerordentliche Kündigung     Ordentliche Kündigung	3093 3093 3093 3094
2. Außerordentliche Kündigung	3093 3093 3093 3094 3094

		Teil R. Mediation und Konfliktmanagement	
§	82	Mediation und Konfliktmanagement in der Arbeitswelt	3097
		Einleitung	
		Grundlagen der Mediation	
		1. Begriff der Mediation	3101
		2. Charakteristika der Mediation	
	III.	Standortbestimmung der Mediation gegenüber anderen arbeitsrechtlichen Kon-	
		fliktlösungsverfahren	3109
		1. Mediation als Alternative im Tarif- und Arbeitskampfrecht	3109
		2. Mediation als Alternative zur Einigungsstelle	3111
		3. Beschwerderecht nach §§ 84, 85 BetrVG und betriebliche Beschwerdestelle	
		4. Beschwerderecht nach § 13 AGG	
		5. Mediation als Alternative bei individualrechtlichen Streitigkeiten	
		6. Beschlussverfahren für betriebsverfassungsrechtliche Streitigkeiten	
		7. Schiedsstelle für Streitigkeiten aufgrund des Arbeitnehmererfindergesetzes	
		8. Schlichtungsverfahren für Berufsausbildungsverhältnisse	
	13.7	9. Auswirkung des Verbots der Schiedsgerichtsbarkeit	3123
	IV.	Ablauf einer – innerbetrieblichen – Mediation	
		Abschluss einer Mediationsvereinbarung     Phasen eines Mediationsverfahrens	
		3. Einfluss der Unternehmensstruktur auf den Ablauf einer innerbetrieblichen	3120
		Mediation	3129
	V	Einsatzbereiche für Mediation in der Arbeitswelt	3132
	٧.	1. Auseinandersetzungen im und mit dem Betriebsrat und den Gewerkschaf-	3132
		ten	3133
		2. Auseinandersetzungen in und zwischen Abteilungen oder Teams	
		3. Auseinandersetzungen zwischen Mitarbeitern und Vorgesetzten	
		4. Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern	3136
		5. Konflikte im Rahmen von Kündigungen und bei Betriebsänderungen	3136
		6. Konflikte im Aufsichtsrat, zwischen Aufsichtsrat und Geschäftsleitung und	
		innerhalb der Geschäftsleitung	3137
	VI.	Weitere Fragen zur Durchführung von Mediationsverfahren in der Arbeits-	
		welt	
		1. Auswahl des Mediators	
		2. Branchenkenntnisse/Insiderwissen	
		3. Co-Mediation/Interdisziplinäre Mediation	3139
		4. Mehrparteien-Mediation	3139
		5. Mediation in distributiven Konflikten 6. Lösungsorientierung versus Transformation	
		7. Fortsetzung des Mediationsverfahrens in der Einigungsstelle (MedArb-	3141
		Verfahren)	3143
		8. Kostentragung bei innerbetrieblichen Mediationsverfahren	3145
		9. Arbeitsrechtliche "Fallstricke" des Einsatzes von Mediation	
1	VII.	Wertschöpfung durch Mediation	
		1. Wertschöpfung für das Unternehmen	
		2. Wertschöpfung für die Mitarbeiter	
V	III.	Maßnahmen zur Implementierung von Mediation im Unternehmen	3152
		1. Geeignete Maßnahmen für ein funktionales Konfliktmanagementsystem	3152
		2. Flow Chart eines innerbetrieblichen Konfliktmanagementablaufs	3156
		3. Einsatz von innerbetrieblichen Mediatoren	
		4. Betriebliche Mediations- und Beschwerdestellen	
		5. Betriebsvereinbarung zur Einführung eines Konfliktmanagementsystems	3159
		6. Richtlinien zur Konfliktbewältigung oder Dispute Guidelines als Bestandteil	

Anhang 1	fassung und Ausblick	3161
Anhang 3		3171
Sachverzeichnis		3173

